

Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen
der Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 36
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944

**Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!**

Erscheint wöchentlich am Freitag
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Der Reichshaushaltsentwurf für das Jahr 1929

Was der Gemeinde- und Staatsarbeiter darüber wissen muß

Im Mittelpunkt der parlamentarischen Arbeiten und Kämpfe der nächsten Wochen und Monate steht die Gestaltung des Reichshaushaltsplanes. Je mehr die Arbeiterschaft Macht im Staate erringt, um so größer ist ihre Verpflichtung, sich mit Aufbau und Inhalt des Reichshaushalts zu beschäftigen. Wir werden daher in zwei Aufsätzen die allgemeinen und besonderen Fragen besonders mit Rücksicht auf die Gemeinde- und Staatsarbeiter darstellen.

I.

Das Grundprinzip der Weimarer demokratischen Verfassung lautet: Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Oberster Träger und Vollstrecker des Volkswillens ist der Reichstag. Ihm stehen dafür zwei Mittel zur Verfügung: das Gesetzgebungsrecht und das Budgetrecht, d. h. das Recht, die Ausgaben des Staates zu beschließen und zu kontrollieren. Im Gegensatz zum Gesetzgebungsrecht stehen noch weite Volksschichten dem Budgetrecht gleichgültig gegenüber. Erst in den letzten Jahren beginnt darin langsam ein Wandel. Das große Interesse, das besonders in diesem Jahre auch von seiten der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung den Fragen des Reichshaushalts entgegengebracht wird, ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß die werktätigen Massen immer mehr erkennen, wie sehr die Gestaltung ihres Schicksals von den scheinbar so spröden Zahlenreihen des Haushalts beeinflusst wird. Das Budgetrecht ist nicht nur der stärkste Pfeiler der politischen Macht des Parlaments, sondern es erlaubt auch grundlegend die Gestaltung der sozialen und kulturellen Aufgaben des Staates. Um das Recht der Budgetbewilligung haben alle Volksvertretungen lange und zöhe ringen müssen, bis sie es den Händen der Könige und Fürsten entwunden hatten. Vorläufer des heutigen Haushaltsplanes finden wir schon in den Kassenbüchern und Kammerrechnungen des Mittelalters und dem (oft)preussischen „Generalkassenetat“ des Jahres 1688. Erst im Jahre 1808, nach dem Zusammenbruch Preußens, wurden zum ersten Male sämtliche Staatseinnahmen und -ausgaben in einem Haushaltsplan vereinigt. Jedoch nur wenige Eingeweihte, besondere Sachkenner, vermochten sich durch den Wirrwarr eines solchen Planes hindurchzufinden. Der Haushaltsplan aber soll nicht nur dem kleinen Kreis der „Geheimräte“ verständlich sein, sondern jedem, der sich mit ihm befassen will. Die Klarheit des Etats mußte langsam der Bürokratie abgerungen werden; denn je unklarer ein Etat ist, um so größer ist die Bewegungsfreiheit der Verwaltung und um so geringer die Kontrollmöglichkeit der Volksvertretung. Auch heute schon findet im Etat manche Verschleierung statt,

z. B. durch „Uebertragbarkeit der Mittel“ von einem Jahr in das andere, oder durch „gegenseitige Deckungsfähigkeit der Mittel“ für verschiedene Zwecke. Alle diese Verschleierungen gilt es entschieden zu bekämpfen und völlige Etatarkeit zu erstreben.

Zum Verständnis des Haushaltsplanes ist folgendes zu beachten: Der Haushaltsplan ist gegliedert in den ordentlichen und den außerordentlichen Haushalt. Im ordentlichen Haushalt stehen alle regelmäßigen Einnahmen des Reichs und die daraus zu bestreitenden Ausgaben. In den außerordentlichen Haushalt gehören grundsätzlich nur werbende Ausgaben, die aus Anleihemitteln gedeckt werden müssen.

Im ordentlichen Haushalt ist zu unterscheiden zwischen fortdauernden und einmaligen Einnahmen und Ausgaben. Die ersteren dienen der Erfüllung der fortdauernden, regelmäßig wiederkehrenden Reichsausgaben, letztere nur der Erfüllung einmaliger oder unregelmäßig wiederkehrender Zwecke, z. B. Bauten.

Die gesetzlichen Grundlagen der Haushaltsführung des Reichs finden sich in der Reichsverfassung (vor allem Artikel 85 bis 87) und in der Haushaltsordnung. In dieser sind alle Bestimmungen, die den Haushalt, die Rechnungslegung und Kontrolle der Ausgaben betreffen, zum erstenmal zusammengefaßt. Der Haushaltsplan wird von der Regierung aufgestellt. Dabei sind dem Finanzminister besondere Rechte gegeben. Ihm sind alle Anforderungen der einzelnen Verwaltungszweige vorzulegen. Ohne seine Zustimmung können nur durch ausdrücklichen Beschluß der Regierung Ausgaben in den Etat eingesetzt werden. Die letzte Entscheidung über die Gestaltung des Reichshaushaltsplanes fällt der Reichstag.

Die Ausstellung des Haushaltsplanes in der Nachkriegszeit ist niemals einfach gewesen. Die Schwierigkeiten haben sich von Jahr zu Jahr gehäuft und sind in diesem Jahr besonders groß. Das wird verständlich, wenn man bedenkt, daß das Reich im Gegensatz zur Vorkriegszeit einmal einen viel weiteren Aufgabenkreis zu erfüllen hat, und zweitens die Folgen des verlorenen Krieges in ihrer finanziellen Auswirkung im Reichshaushalt zutage treten. Je mehr Aufgaben das Reich in wirtschaftlicher, sozialpolitischer und kultureller Hinsicht freiwillig oder gezwungen an sich zieht, je größer die inneren und äußeren Kriegskosten werden, um so höher klettern die Ziffern des Etats. Ein anschauliches Bild vom Ansteigen der Endziffern des Reichshaushalts gibt die folgende Zahlenreihe. Es betragen in Millionen Mark:

Die reichsgesetzlichen Krankenkassen im Jahre 1927

Im Jahresdurchschnitt 1927 waren 7461 reichsgesetzliche Krankenkassen tätig gegen 7536 im Jahresdurchschnitt 1926. Die Verschmelzung von Orts-, Land- und Betriebskrankenkassen hat im Berichtsjahr weitere, wenn auch nur geringe Fortschritte gemacht; am meisten hat die Zahl der Betriebskrankenkassen abgenommen. Die Zahl der Innungskrankenkassen ist dagegen um 30 und die der knappschaftlichen Krankenkassen infolge Einrichtung besonderer Angestelltenkrankenkassen um 14 gestiegen.

Der Mitgliederbestand hat um rund 800 000 — darunter 600 000 versicherungspflichtige — Personen zugenommen, während von 1925 auf 1926 die Zunahme nur rund 100 000 betragen hatte, die versicherungspflichtigen Mitglieder allein sogar einen Rückgang um rund 100 000 aufgewiesen hatten. Diese starke Steigerung des Mitgliederbestandes im Jahre 1927 ist zum Teil auf die am 1. Oktober 1927 erfolgte Erhöhung der für die Versicherungspflicht maßgebenden Einkommensgrenze von 2700 Mk. auf 3600 Mk.,

Zahl der reichsgesetzlichen Krankenkassen und ihrer Mitglieder im Jahre 1927.

Kassenart	Im Jahresdurchschnitt 1927 tätige Kassen überhaupt	Mitglieder im Jahresdurchschnitt 1927			
		überhaupt	davon		
			männliche	weibliche	Versicherungspflichtige
		in 1000			
Ortskrankenkassen	2 148	13 227	7 839	5 388	11 681
Landkrankenkassen	428	2 034	1 058	978	1 891
Betriebskrankenkassen	4 041	3 388	2 638	752	3 143
Innungskrankenkassen	812	620	397	123	481
Knappschaftskrankenkassen	32	749	750	9	..
Zusammen 1927	7 461	19 958	12 708	7 250	..
Dagegen 1926	7 536	19 155	12 219	6 936	17 278

in der Hauptsache jedoch auf den Zuwachs an Personen im erwerbsfähigen Alter und auf die Besserung der wirtschaftlichen Lage zurückzuführen, die es ermöglichte, nicht nur dem Hauptteil des Zuwachses an erwerbsfähigen Personen, sondern auch einem nicht geringen Teil der Arbeitslosen des Vorjahrs Beschäftigung zu gewähren. Nur bei den Landkrankenkassen war wie im Vorjahr ein Rückgang des Versichertenbestandes zu verzeichnen. Im ganzen waren im Jahresdurchschnitt 1927 20,0 Millionen, einschließlich Erbschaften 21,1 Millionen Personen bei den reichsgesetzlichen Krankenkassen versichert.

Der Krankenstand war während der meisten Monate des Berichtsjahrs ungünstiger als 1926. Die Verschlechterung ist hauptsächlich dem Auftreten der Grippe zu Anfang 1927 und dem frühen Einsetzen der kalten Witterung im Winter 1927/28 zuzuschreiben. Aber auch im Sommer war der Krankenstand trotz des guten Beschäftigungsgrades hoch, was wohl u. a. darauf zurückzuführen sein dürfte, daß durch die Besserung der Wirtschaft ältere Personen, zum Teil auch aus dem verarmten Mittelstand, wieder in den Arbeitsprozeß gelangten, die auf die Dauer den an sie gestellten Anforderungen nicht gewachsen waren. Im ganzen wurden bei den reichsgesetzlichen Krankenkassen 10,9 Millionen (gegen 8,8 Millionen im Vorjahr) mit Arbeitsunfähigkeit verbundene Krankheitsfälle und 257,3 (230,7) Millionen Krankheitstage entschädigt. Die Zahl der Krankheitsfälle hat also verhältnismäßig weit stärker (um 24 Proz.) als die der Krankheitstage (um 12 Proz.) zugenommen, und die durchschnittliche Krankheitsdauer ist daher von 26,1 auf 23,5 Tage gesunken. — Entsprechend dem Geburtenrückgang im Deutschen Reich hat die Zahl der Wochenhilfsfälle weiter abgenommen. Die Zahl der Sterbefälle ist etwas gestiegen; im Verhältnis zum Mitgliederstand ist jedoch keine Änderung eingetreten.

Krankheitsfälle, Krankheitstage, Wochenhilfs- und Sterbefälle der reichsgesetzlichen Krankenkassen im Jahre 1927.

Kassenart	Krankheitsfälle in 1000	Auf . . . Mitglied. kam 1 Krankheitsfall	Krankheitstage in 1000	Auf 1 Krankheitsfall kamen Krankheitstage bei den Mitgliedern			Auf 1 Mitglied kamen Krankheits-tage	Entschädigte Fälle von Wochenhilfe		Sterbefälle der Mitglieder	
				überhaupt	männlich	weiblich		insgesamt	überhaupt auf 100 Mitglied.	insgesamt	auf je 1000 Mit-glieder
Ortskrankenkassen	7 055	1,9	165 705	23,5	21,3	27,1	12,5	452 188	3,4	82 008	6,2
Landkrankenkassen	755	2,7	18 247	21,5	19,7	23,6	8,0	93 555	4,6	10 964	5,4
Betriebskrankenkassen	2 178	1,6	50 169	23,0	22,5	24,8	14,8	148 522	4,4	21 241	6,3
Innungskrankenkassen	284	1,8	6 151	21,6	20,6	25,4	11,8	12 339	2,4	2 532	4,9
Knappschaftskrankenkassen	666	1,2	19 067	28,6	28,7	24,7	1)	69 485	8,8	3 638	4,6
Zusammen 1927	10 938	1,8	257 839	23,5	22,2	26,4	2) 12,4	776 089	3,9	120 883	6,0
Dagegen 1926	8 831	2,2	230 685	26,1	24,8	26,9	2) 11,5	805 881	4,2	115 729	6,0

1) Es werden nur Krankheitsfälle und Krankheitstage erfasst, für die Krankengeld oder Krankenhausbehandlung gewährt wird. Die mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Krankheitsfälle und Krankheitstage der nach § 116 der Satzung ohne Anspruch auf Krankengeld Versicherten sind, soweit nicht Krankenhausbehandlung in Frage kam, nicht erfasst worden. Es können daher die Krankheitsfälle und Krankheitstage auf 1 Mitglied nicht errechnet werden. —
2) Ohne knappschaftliche Krankenkassen.

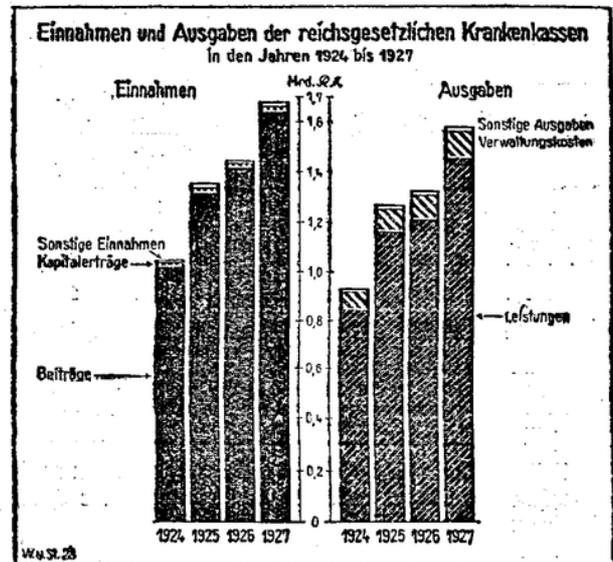
Die Beitragseinnahmen sind von 1926 auf 1927 je Mitglied von 74,4 auf 82,5 Mk. gestiegen, also um 11 Proz. Diese Zunahme ist zum größten Teil auf die Lohnentwicklung zurückzuführen, zum Teil aber auch auf Erhöhung des Beitragsfußes und auf die Auswirkungen des Gesetzes vom 15. Juli 1927 — Erhöhung der Einkommensgrenze und Berücksichtigung des Arbeitsentgelts bis zu 10 Mk. je Kalendertag. Die höchsten Beitragseinnahmen je Mitglied wiesen die knappschaftlichen Krankenkassen mit 152,79 Mk. und die Betriebskrankenkassen mit 108,67 Mk. auf; die niedrigsten hatten die Landkrankenkassen mit 42,53 Mk. zu verzeichnen. Die beträchtlichen Unterschiede finden ihre Erklärung einmal in der Krankheitshäufigkeit und Krankheitsdauer und ferner in der durchschnittlichen Grundlohnhöhe der Mitglieder der einzelnen Kassenarten. Die Beitragsfüße in Prozenten des Grundlohns waren nicht annähernd so verschieden hoch. Im ganzen

Einnahmen der reichsgesetzlichen Krankenkassen im Jahre 1927 (in 1000 Mk.)

Kassenart	Erträge aus Kapitalanlagen	Beiträge	Zusatzbeiträge für Familienhilfe	Reineinnahmen ¹⁾
Ortskrankenkassen	11 650	1 026 337	1 121	1 045 118
Landkrankenkassen	487	86 291	210	87 667
Betriebskrankenkassen	4 551	363 625	4 638	378 080
Innungskrankenkassen	442	44 269	232	45 263
Knappschaftskrankenkassen	1 719	120 615	—	126 911
Zusammen 1927	18 849	1 641 037	6 201	1 689 939
Dagegen 1926	14 052	1 418 443	6 074	1 450 229

1) Ohne Vermögensveränderungen.

wurden an Beiträgen (einschließlich Zusatzbeiträge für Familienhilfe) 1647,2 (einschließlich Erbschaften etwa 1782) Mill. Mk. gegen 1424,5 Mill. Mk. im Vorjahr vereinnahmt; die Beiträge sind also um 15,6 Proz. gestiegen. Die Erträge aus Kapital-



anlagen waren mit 18,8 Mill. Mk. gegen 14,1 Mill. Mk. im Jahr 1926 verhältnismäßig hoch. Diese starke Zunahme gegenüber dem Vorjahr dürfte jedoch zu einem großen Teil nur eine Folge

der neuen Bestimmungen über die Berechnung der Erträge aus dem Grundbesitz sein, der sich im Eigentum der Kassen befindet.

Verhältnismäßig noch stärker als die Einnahmen sind die Ausgaben der Krankenkassen, von 1325,9 Mill. Mk. auf 1579,8 Mill. Mk. oder um 19,1 Proz. gestiegen. Auf ein Mitglied entfielen 79,16 Mk. gegen 69,22 Mk. im Jahr 1926, d. h. 14,4 Proz. mehr.

Unter den Ausgaben haben die Aufwendungen für Krankenhilfe verhältnismäßig am meisten (um 20,4 Proz.) zugenommen; sie erreichten 1366,2 Mill. Mk. gegen 1134,3 Mill. Mk. im Vorjahr und beanspruchten 86,5 Proz. der Gesamtausgaben (im Vorjahr 85,5 Proz.). Zum erstenmal werden in der Statistik die Aufwendungen der Krankenhilfe für Mitglieder und für Familienangehörige getrennt nachgewiesen. Bei den Angaben ist jedoch zu beachten, daß die Trennung zwischen den Angaben für Mitglieder und für Familienangehörige sich nicht bei allen Kassen hat durchführen lassen, daß einige Kassen noch keine Familienkrankenpflege gewähren und daß bei den anderen ihr Umfang verschieden ist. Im allgemeinen bleiben die sachungsmäßigen Leistungen der Familienkrankenpflege hinter der Krankenhilfe für Mitglieder erheblich zurück, vor allem bei der Gewährung freier Arznei oder Krankenhauspflege. Aber selbst wenn man diese sachungsmäßigen Unterschiede in Betracht zieht, erscheinen die Kosten der Familienkrankenpflege im Verhältnis zu denen der Mitgliederkrankenpflege recht gering. Sie erreichten mit Ausnahme der Aufwendungen für ärztliche Behandlung nur etwa 1/4 bis 1/2 der entsprechenden Aufwendungen für die Mitglieder.

Von den einzelnen Posten der gesamten Krankenhilfe (für Mitglieder und Familienangehörige) sind die Ausgaben für ärztliche Behandlung um 27,4 Proz., für Zahnbehandlung um 23,4 Proz., für Krankengeld um 19 Proz., für Arznei und sonstige Heilmittel um 18,4 Proz. und für Krankenhauspflege um 15,8 Proz. gestiegen.

Von den gesamten Arztkosten (einschließlich barer Leistungen statt ärztlicher Versorgung für Familienangehörige, die sich nicht aussondern läßt) in Höhe von 342,7 Mill. Mk. entfielen 28,8 Mill. Mark auf Sachleistungen und 28,1 Mill. Mk. auf Wegegebühren.

Ausgaben der reichsgesetzlichen Krankenkassen im Jahre 1927 (in 1000 Mk.).

Kassenart	Kranken- hilfe	Wo- chen- hilfe ¹⁾	Für- sorge im allge- meinen	Sterbe- geld ²⁾	Verwal- tungs- kosten		Rein- aus- gaben ³⁾
					ins- gesamt	daron persön- liche	
Ortskrankenkassen	437 406	46 491	4 797	10 757	82 103	65 044	989 612
Landkrankenkassen	65 899	8 145	225	610	9 060	6 969	84 755
Betriebskrankenkassen	317 690	13 135	2 239	5 255	3 181	1 001	343 136
Innungskrankenkassen	36 409	1 154	95	50	3 704	2 682	42 269
Knappschafts- krankenkassen	108 763	8 609	250	640	5 153	4 119	120 061
Zusammen 1927	1 066 161	72 534	7 608	17 705	103 201	79 831	1 579 833
Dagegen 1926	1 134 294	63 517	6 378	15 305	91 896	73 155	1 325 947

¹⁾ Ohne den Reichszuschuß für Familienwochenhilfe, der 1926 rund 23,6 Millionen, 1927 rund 25 Millionen Mark betrug. — ²⁾ Einschließlich für Familienangehörige. — ³⁾ Ohne Vermögensanlagen.

Seit Bestehen der reichsgesetzlichen Krankenversicherung haben mit Ausnahme des Jahres 1925 die Sachleistungen der Krankenhilfe ständig in stärkerem Maß als die Barleistungen zugenommen. Im Jahr 1927 entfielen auf erstere 60,0 Proz. der gesamten Ausgaben für Krankenhilfe gegen 59,5 Proz. im Vorjahr.

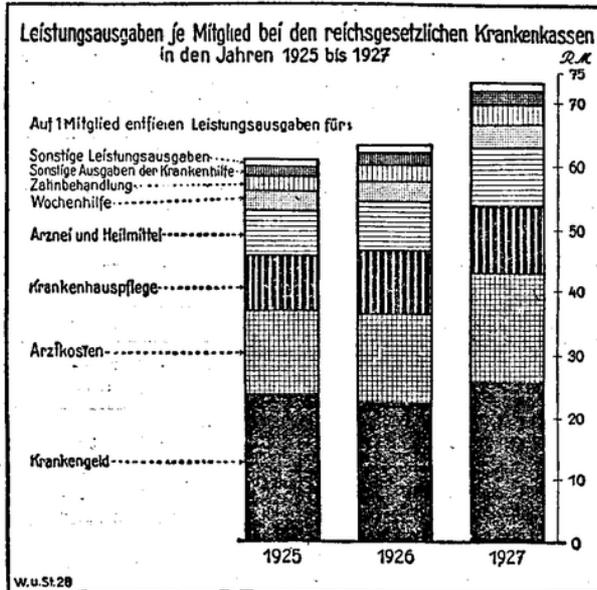
Für die Wochenhilfe (ohne Arztkosten und Arznei) wurden von den Krankenkassen 72,5 Mill. Mk. gegen 63,5 Mill. Mk. im Jahr 1926 aufgewandt. Trotz des Rückgangs der Wochenhilfsfälle

Ausgaben für Krankenhilfe im Jahre 1927 (in 1000 Mk.).

Kassenart	Krankenhilfe für Mitglieder										Krankenpflege für Familienangehörige						
	Kranken- e- handlg. durch Arzte ¹⁾	Zahn- be- hand- lung	Kranken- behandlg. durch sonst. heil- personen auschl. Haus- pflege	Arznei und sonstige Heil- mittel ²⁾	Kranken- haus- pflege	Kranken- geld	Haus- geld	Ta- schen- geld	Haus- pflege	Für- sorge für Gene- sende	ins- gesamt	Kranken- e- handlg. durch Arzte ¹⁾	Zahn- be- hand- lung	Arznei und sonstige Heil- mittel ²⁾	Kranken- haus- pflege	Son- stige Kranken- pflege	ins- gesamt
Ortskrankenkassen	165 127	34 289	2 431	102 833	118 573	308 870	11 496	3 503	160	5 563	752 855	51 792	4 274	15 302	12 611	572	84 551
Landkrankenkassen	20 558	3 916	154	8 750	13 675	12 632	236	34	15	28	60 078	3 731	181	936	892	21	5 821
Betriebskrankenkassen	47 083	10 922	1 002	31 875	29 035	126 894	7 705	1 181	59	1 955	237 712	29 995	4 302	12 997	12 390	292	59 978
Innungskrankenkassen	6 6 8	1 587	103	4 010	5 465	14 192	586	223	6	127	32 967	1 985	197	683	551	26	3 442
Knappschafts- krankenkassen	7 757	1 446	84	5 083	15 937	53 760	3 715	429	1	201	83 413	7 932	1 180	1 381	9 734	93	20 350
Zusammen 1927	247 193	52 210	3 774	152 581	182 690	516 348	23 738	5 375	241	7 875	1 192 025	95 525	10 134	31 301	36 178	1 004	174 142
Dagegen 1926	247 193	52 210	3 774	152 581	182 690	516 348	23 738	5 375	241	7 875	1 192 025	95 525	10 134	31 301	36 178	1 004	174 142

¹⁾ Einschl. Sachleistungen und Wegegebühren der Ärzte sowie barer Leistung statt ärztlicher Versorgung. — ²⁾ Einschl. barer Leistung statt Arznei und Heilmittel.

ist also bei den Kosten eine Steigerung um 14,2 Proz. eingetreten. Einschließlich des Reichszuschusses, der sich im Berichtsjahr auf rund 25 Mill. Mk., im Vorjahr auf 23,6 Mill. Mk. stellte, betragen die durchschnittlichen Kosten je Wochenhilfsfall 125,67 Mk. (davon trugen die Kassen 93,46 Mk.) gegen 108,17 Mk. (78,87 Mk.) im Jahr 1926. Von den Ausgaben für Wochenhilfe (ohne Reichszuschuß) entfielen 32,8 Mill. Mk. auf Wochengeld, 14,6 Mill. Mk. auf Stillgeld, 19,3 Mill. Mk. auf Hebammenhilfe, 0,9 Mill. Mk. auf Kur und Verpflegung in Wöchnerinnenheimen und 4,9 Mill. Mk. auf sonstige Leistungen (Schwangerengeld usw.).



Die Auszahlungen an Sterbegeld sind von 15,4 Mill. Mk. im Jahr 1926 auf 17,8 Mill. gestiegen, haben also um 15,4 Proz. zugenommen. Im Durchschnitt kamen auf einen Sterbefall der Mitglieder 104,06 Mk. gegen 95,37 im Vorjahr, also 9 Proz. mehr.

Die Verwaltungskosten waren mit 103,2 Mill. Mk. um 12,3 Proz. höher als im Jahr 1926. Sie beanspruchten 6,5 Proz. der Gesamtausgaben gegen 6,9 Proz. im Vorjahr.

Von den den Krankenkassen zugeflossenen Beitragseinnahmen wurden 88,9 Proz., im Vorjahr 85,6 Proz. für Leistungen und 6,3 Proz. (6,5 Proz.) für die Verwaltung verwandt.

Die Aktiven der reichsgesetzlichen Krankenkassen betragen Ende 1927 642,1 Mill. Mk., die Passiven 35,9 Mill. Mk., der Ueberschuß der Aktiven über die Passiven 606,2 Mill. Mk. gegen 499,6 Mill. Mk. Ende 1926. Der Vermögenszuwachs stellte sich demnach auf 106,6 Mill. Mk. oder 21,3 Proz. gegen 124,3 Mill. Mk. von 1925 und 1926. Von der Zunahme stammten 101,1 Mill. Mk. aus dem Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben (6 Proz. der Einnahmen) und 5,5 Mill. Mk. aus Höherbewertungen, gutgeschrieben in den Einnahmen nicht aufgeführten Zinsen usw., abzüglich der Abschreibungen. Der Ueberschuß der Vermögensanlagen über die Veräußerungen betrug bei den Darlehen, Guthaben bei Sparkassen, Bankhäusern usw. 39,1 Mill. Mk., beim Grundbesitz 29,4 Mill. Mk., bei Wertpapieren 16,9 Mill. Mk., beim Mobilien und bei sonstigem Gerät 6,3 Mill. Mk.

Nach der Reichsversicherungsordnung haben die Krankenkassen jährlich 5 Proz. ihrer Beitragseinnahmen den Rücklagen zuzuführen. Im Jahr 1926 war also die Rücklage um 71,2 Mill. Mk., im Berichtsjahr um 82,4 Mill. Mk. zu erhöhen. Tatsächlich sind

**Vermögen der reichsgesetzlichen Krankenkassen im Jahre 1927
(in 1000 Mk.).**

Kassenart	Mittel	Verpflichtungen	Überschuß der Aktiven über die Passiven	Rücklagen ¹⁾
Ortskrankenkassen	401 163	26 095	375 068	145 611
Landarankenkassen	20 736	2 153	18 586	6 342
Betriebskrankenkassen	138 184	4 468	133 716	86 749
Innungskrankenkassen	16 212	566	15 646	7 558
Knappschaftskrankenkassen	63 755	2 627	63 128	36 192
Zusammen 1927	642 050	35 906	606 144	282 452
Dagegen 1926	528 602	28 991	499 611	216 153

¹⁾ Ende des Geschäftsjahrs.

die Rücklagen von Ende 1925 bis Ende 1926 um 82,8 Mill. Mk. oder 5,8 Proz. der Beitragseingänge von Ende 1926 bis Ende 1927 um 66,3 Mill. Mk. oder um 4,0 Proz. gestiegen. Infolge der starken Steigerung der Ausgaben war also im Berichtsjahr ein Teil der Krankenkassen nicht in der Lage, die Rücklagen im vorgeschriebenen Umfang aufzufüllen.

Die gesamten Rücklagen, die in den oben angegebenen Ziffern über die Aktiven mitenthalten sind, betragen am Ende des Berichtsjahrs 282,5 Mill. Mk. und waren demnach von der durch das Gesetz angestrebten Höhe, d. h. dem Betrag der Jahresausgabe je nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre — im Berichtsjahr also 1177 Mill. Mk. — noch weit entfernt. („Wirtsch. u. Statistik.“)

Gegen die neuen Zollpläne

Vorbemerkung der Redaktion: Den nachfolgenden Artikel unseres geschätzten Mitarbeiters Fr. Oik empfehlen wir aufmerkamer Beachtung. Wir möchten allerdings nicht unterlassen, erneut daran zu erinnern, daß der Kern des Übels in der unerhörten wucherischen Preisgestaltung der Lebensmittel durch Handel und Zwischenhandel zu suchen ist. Hiergegen erfolgreich anzukämpfen reichen leider unsere Konsumvereine heute noch nicht aus. Es gilt daher, sie zu stärken und zweckentsprechend auszubauen.

In Deutschland grassiert wieder einmal der Zollbazillus. Die Großagrarien halten Tagungen ab und verlangen in Aufrufen die Schließung der Grenzen gegen die ausländische Lebensmittelinfuhr. Auch der Reichsernährungsminister Dr. Dietrich ist von diesem Bazillus infiziert worden. Seinem Parteibuch nach ist er liberal und Demokrat. Seit Wochen aber liebäugelt er mit Zollverschärfungen. Er ist ein gar seltsamer Manchestermann.

Eigentlich hat es mit dem Zucker angefangen. Das ist eben der Fluch der kapitalistischen Wirtschafts-anarchie: während Millionen arbeitslos sind und hungern müssen, haben wir zuviel Zucker in der Welt. Die großen Produktionsländer, in Uebersee, Kuba und Java, in Europa die Tschechoslowakei und Polen, wissen nicht, wohin mit dem Segen. Sie halten die Preise im Lande hoch und führen ihren Zucker aus. Mit staatlicher Hilfe suchen sie sich einander auf den Weltmärkten zu bekämpfen. Der Exportzucker wird verschleudert, zu Dumpingpreisen, also zu Preisen weit unter Weltmarktpreis und unter Herstellungskosten angeboten. So ergab sich im Herbst 1928 die Notwendigkeit, die deutsche Zuckerindustrie vor der ausländischen Konkurrenz, insbesondere gegen das tschechische Dumping zu schützen. Man tat das, indem man den Zuckerzoll pro Doppelzentner von 10 auf 25 Mk. erhöhte. Dieser erhöhte Zoll soll auch nach einem vom Reichstag angenommenen Gesetz nur dann gelten, solange der Zuckerpreis an der Magdeburger Börse unter 21 Mk. pro 50 Kilogramm liegt. Steigt der Preis höher, dann muß der alte Zoll von 10 Mk. in Kraft treten. Ohne Zweifel hätte man den Schutz der deutschen Zuckerindustrie besser mit anderen Mitteln erreichen können. Die getroffene Regelung hat aber das eine Gute, daß der Zoll nicht zur Bewucherung der breiten Volksmassen ausgenutzt werden kann. Steigt der Preis nämlich über 21 Mk. und geht der Zoll von 25 auf 10 Mk. zurück, dann strömt ausländischer Zucker nach Deutschland herein und drückt die Preise. Nun haben aber die Deutschnationalen im Landtag beantragt, den Zoll erst auf seinen alten Stand herunterzusetzen, wenn der Zucker in Magdeburg mit 25 Mk. notiert wird. Auch das Zentrum verlangte in einem Antrag, daß der Zoll nur auf 15 Mk. herabgesetzt wird, wenn der Zuckerpreis über 23 Mk. hinausgeht.

Alle diese Anträge haben mit dem Schutz der deutschen Zuckerindustrie nichts mehr zu tun. Sie verfolgen den ausgesprochenen Zweck, den Zuckerzoll zu einer Preissteigerung auszunutzen. Man trägt mit solchen Anträgen alten Forderungen der Zuckerindustrie und der Rübenbauern Rechnung. Nur den Verbraucher hat man nicht gefragt, wie er sich mit einer ganz empfindlichen Zuckerpreiserhöhung abfinden will. Was werden die christlich organisierten Arbeiter zu dieser Einstellung des Zentrums sagen?

Der Reichsernährungsminister selbst hat entdeckt, daß die veterinärpolizeilichen Bestimmungen bei der Einfuhr ausländischer Lebensmittel nicht streng genug sind. Er will sie z. B. für die Einfuhr von sogenannten Innereten verschärfen. Das Reichsernährungsministerium liebt es, nur in Fachausdrücken zu sprechen. Man erreicht wohl dadurch, daß den breiten Massen nicht ganz klar wird, worum es sich handelt. Deutschland führt Innereten in größten Mengen z. B. aus Dänemark ein; 90 Proz. dieser Einfuhren bestehen aus Leber. Aus ihr wird in Deutschland

besonders die Leberwurst hergestellt, die für den Konsum der breiten Massen in Frage kommt. Die veterinärpolizeilichen Verschärfungen, die vom Reichsernährungsministerium jetzt empfohlen wurden, müssen die Lebenshaltung der Bevölkerung verteuern. Ohne daß die deutsche Landwirtschaft etwas davon hat; denn die deutschen Schlachtungen können unmöglich die Innereten liefern, die die deutsche Wurstfabrikation nötig hat. Wo ist hier der Sinn der vom Reichsernährungsministerium der Reichsregierung vorgeschlagenen Maßnahme?

Aber es kommt noch toller. Herr Dietrich will die Viehzölle an die Fleischzölle anpassen. Damit sollen die Rinderpreise in Deutschland „gehoben“ werden. Der alte Film rollt sich damit von neuem auf. Erst hat man die Viehzölle erhöht, weil sie im Vergleich zu den Fleischzöllen angeblich zu niedrig gewesen seien. Dann entdeckte man, daß die Fleischzölle zu niedrig waren und setzte sie herauf. Und jetzt fängt man wieder von vorne an und will die Viehzölle nach oben treiben. Gelingt das, dann wird man die Fleischpreise in Deutschland verteuern. Aber die Einfuhr von ausländischem Vieh und Fleisch wird man nicht abstoppen können. Höchstens wird die für unseren Arbeitsmarkt höchst unangenehme Tatsache eintreten, daß das Ausland nicht mehr lebendes Vieh nach Deutschland einführt, sondern die Kühe und Rinder selbst schlachtet und das Fleisch nach Deutschland bringt. Wir nehmen alljährlich allein von Dänemark rund 250 000 Kühe ab. Werden diese in Dänemark selbst verarbeitet, dann werden einmal erst Tausende von Arbeitskräften in unseren Grenzschlachthäusern arbeitslos.

Auch hier vermißt man den Sinn. Die Rinderpreise sind in Deutschland nicht deshalb so niedrig, weil wir aus dem Ausland Rinder und Rindfleisch einführen, sondern weil das Angebot von inländischen Rindern bei uns zu groß ist. Der deutsche Viehzüchter züchtete bis vor kurzem hauptsächlich Schlachtvieh. Jetzt hat er sich auf die Milchproduktion umgestellt. In wenigen Jahren hat sich der Schlachtviehbestand bei uns um etwa zwei Millionen Tiere verringert, der Bestand an Milchtieren aber erhöht. Das Hauptprodukt ist nicht mehr das Fleisch, sondern die Milch. Der sogenannte Kuhbauer wird zum modernen Milchproduzenten. An der Milch verdient der Landwirt. Das Schlachtvieh ist nur das Abfallprodukt der Milchwirtschaft. Es bringt so wenig ein, daß der Erlös für die Kalkulation in der Milchviehhaltung gar nicht mehr in Frage kommt. Der Reichsernährungsminister wird durch die Angleichung der Viehzölle an die Fleischzölle nur die gebotene Entwicklung in der deutschen Landwirtschaft zur modernen Milchproduktion hemmen. Klebige Subventionen sollen wieder einmal verpulvert werden. Sie können nur die eine Wirkung haben, die Lebenshaltung der Massen zu verteuern. Herr Dietrich wird mit seinen Plänen in den nächsten Wochen eine schwere Belastung des gegenwärtigen Reichskabinetts sein.

Ein Ding für sich, das man eigentlich für unmöglich halten sollte, ist das von Dietrich geplante Experiment auf den Getreidemarkten. Hier will der Reichsernährungsminister eine sogenannte Reichsausgleichsgebühr haben. Die Reichsausgleichsgebühr ist aber nichts weiter als ein verkappter Getreidezoll. In seiner ganzen Primitivität denkt sich der Herr Reichsernährungsminister diese Reichsausgleichsgebühr so, daß von jeder Tonne Weizen, die vom Ausland nach Deutschland eingeführt wird, eine bestimmte Abgabe entrichtet wird. Dadurch will man den Weizenpreis, der jetzt etwa um 200 Mk. pro Tonne liegt, also rund 5 Proz. über Friedenspreis, auf etwa 240 bis 250 Mk. treiben. Ob man das Ding nun Zoll oder Reichsausgleichsgebühr nennt, das ist völlig gleichgültig. Tatsache ist, daß durch eine solche Abgabe der Weizenpreis um 25 Proz. in die Höhe getrieben wird und daß der erhöhte Weizenpreis alle anderen Getreidepreise nach sich ziehen muß. Die so

harmlos genannte Reichsausgleichsgebühr ist ein verkappter Weizenzoll.

Nun weisen die Freunde dieser Reichsausgleichsgebühr darauf hin, daß der Weizenpreis in Deutschland zu niedrig sei und daß mit einem Preis, der nur wenig über Friedensstand liegt, in Deutschland auf die Dauer kein Mensch Weizen produzieren kann. Das ist schon richtig. Aber wer hat schon jemals im Reichsernährungsministerium danach gefragt, wie es um die Brotpreise steht? Nach der glänzenden Ernte im Jahre 1928 sind die Getreidepreise zusammengebrochen. Das ist Tatsache. Was hat aber der Verbraucher davon gehabt? Die Getreidepreise gingen herunter, die Brotpreise aber nicht. Die Getreidepreise stehen heute auf 200 bis 210 Mk. Wir bezahlen aber Brotpreise, die einem Getreidepreis von 245 bis 280 Mk. entsprechen. Wo bleiben die Differenzgewinne? In welche Taschen sind sie geflossen? Komische Frage! Verdient haben an den niedrigen Getreidepreisen und den hohen Brotpreisen der Handel, die Masse der Agenten, die Getreidespekulation, die Bäcker usw. Sie haben sich an der sogenannten Agrarkrise gesund gestochen. Sie stecken das Geld ein. Sie profitieren wie die Metzger im vorigen Jahr an den niedrigen Schweinepreisen und in diesem Jahr an den niedrigen Rinderpreisen.

Unterstellen wir einmal als wahr, daß die landwirtschaftlichen Produzentenpreise zu niedrig sind. Dann können sie doch nur erhöht werden, indem man die Handelsgewinne verkürzt. Das Liter Milch wird z. B. für einen Preis von 16 Pf. nach Berlin geliefert. Der Berliner Arbeiter muß 34 Pf. dafür bezahlen; würde man den Gewinn des Handels, der über 100 Proz. beträgt und durchaus ungefund und überflüssig ist, nur um einen Pfennig kürzen, dann

würde man der Landwirtschaft Einnahmen in Höhe von 180 Millionen Mark beschaffen. So steht es auch bei dem Getreide, bei den Rindern usw. Die Sozialdemokratie hat auch den Weg dazu gewiesen, indem sie die Kontingentierung der Getreideeinfuhr und das Getreidemonopol empfahl. Die besten Köpfe in der Landwirtschaft wissen auch heute, daß man nur diesen Weg gehen kann und daß eine weitere Zollerhöhung nichts nützt.

Aber jetzt beginnt sich Herr Dietrich darauf, daß er liberal und Demokrat und Manchestermann ist. Jetzt sieht er im Getreidemonopol eine Gefahr und schlägt veterinärpolizeiliche Verschärfungen, höhere Rinderzölle und einen verkappten Weizenzoll vor. Wirklich, ein ganz eigentümlicher liberaler Manchestermann. Hier wird der Teufel wieder einmal durch Beelezehub ausgetrieben.

Herr Dietrich soll vorsichtig sein. Die Lage in unserer Wirtschaft sollte ihn warnen. Die Kaufkraft der breiten Massen geht von Tag zu Tag weiter zurück und ihre Lebenshaltung ist aufs höchste angespannt. Von Großmüttern haben wir nun den alten Spruch ererbt: hat der Bauer Geld, dann hat's die ganze Welt! Das hat fast ohne Einschränkung gegolten, als es keine Industriezentren in Deutschland und keine 20 Millionen Industriearbeiter gab. Heute liegen die Dinge anders. Heute repräsentieren auch die Industriearbeiter den erheblicheren Teil der Kaufkraft des Landes. Droht man durch höhere Zölle und höhere Preise die Massenkaufkraft, dann werden wir das bald in unserer Wirtschaft und auf unserem Arbeitsmarkt merken. Unser Unglück ist nur ein Reichsernährungsminister, der sich liberal nennt und der nach Doktrinen arbeitet, die einmal Gültigkeit hatten. Herr Dr. Dietrich täte besser, er legt seine Zollpläne stillschweigend zu den Akten.

Die diesjährigen Betriebsrätewahlen und die Parole der KPD.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund sowie der Allgemeine Deutsche Angestelltenbund haben bereits zu den diesjährigen Betriebsrätewahlen aufgerufen. In diesem Aufruf wird auf die Kongreßbeschlüsse der genannten Spitzenorganisationen hingewiesen, nach denen die Betriebsrätewahlen vorzunehmen sind. Das vergangene Jahr hat gezeigt, daß die Arbeiterchaft alle Ursache hat, geschlossener denn je den Kampf um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in Betrieben aufzunehmen. Die Vorarbeiten sind von den einzelnen Organisationen schon in Angriff genommen, um den Ausgang der diesjährigen Wahlen zu einem vollen Erfolg der freien Gewerkschaften zu gestalten.

Wir haben uns schon daran gewöhnt, daß bei solchen Anlässen die KPD. besondere Parolen herausgibt. Daß das in diesem Jahre ganz besonders geschehen muß, ist darauf zurückzuführen, daß von dieser Seite aus Mittel und Wege gefunden werden müssen, ihre Anhänger von dem Durcheinander der „Einheitsfront“ in ihren eigenen Reihen abzulenken. Hatte man sich in der Vergangenheit damit begnügt, sogenannte „Oppositionslisten“ zu präsentieren, so werden jetzt „Betriebseinheitslisten“ gefordert. Als programmatische Forderung wird „die Entfernung der reinen Gewerkschaftslisten der verschiedenen Richtungen aus den Betrieben“ verlangt. Jeder bisherigen gewerkschaftlichen Arbeit entgehend wird gefordert: „Wir Kommunisten gehen mit christlichen und Hirsch-Dunkerschens Proletariern, die für unsere Forderungen (Zerschlagung der Gewerkschaften, D. D.) eintreten, in eine Kampfgemeinschaft ein: auf einer Betriebseinheitsliste.“ Diejenigen Gewerkschaftskollegen, die in jahrelanger, unermüdlicher Arbeit ihren Mann gestanden haben gegen Unternehmertum, gegen die Unorganisierten, gegen die gegnerischen Organisationen, sollen als „Verräter“ entfernt werden; an ihrer Stelle sollen „die unorganisierten Kameraden“ erworben werden (keineswegs als Gewerkschaftsmitglieder), um an der Arbeit und an der Führung im Kampfe gegen die Unternehmer Anteil zu nehmen.

Nun sind wir endlich so weit, die Organisation der „Unorganisierten“ unter der Führung der KPD. zu besitzen. Laßt die Unternehmer, die Hilfe naht!

In dem abgeschlossenen Ruhrkampf wurde bereits der Anfang gemacht. Die KPD. verkündete jeden Tag, daß sie die Unorganisierten unter ihrer Fahne gesammelt habe. In den Versammlungen wurden dann Resolutionen angenommen, die der Gewerkschaftsbürokratie das Mißtrauen aussprachen. Streikleitungen wurden gebildet, die nie in Aktion traten; Streikkassen sollten errichtet werden, aber weil die Gewerkschaften keine Gelder dafür gaben, nie Wirklichkeit wurden,

Diese Forderungen der KPD. sind nicht neu. Ähnliche wurden bei dem Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes gestellt. Losgelöst von den Gewerkschaften soll hier eine sogenannte Betriebsrätewegung aufgezogen werden. Neben den gelben Werksgemeinschaften sollen kommunistische Werksgemeinschaften gebildet werden. Vielleicht wird es noch im letzten Augenblick gelingen, zwischen beiden eine Verständigung zu erzielen. Die kommunistischen Forderungen könnten als „Plattform“ hierfür dienlich sein.

Wir haben in den letzten Jahren in den Gewerkschaften diese politischen Richtungskämpfe gehabt. Wir haben nie nach der politischen Einstellung unserer Gewerkschaftsmitglieder gefragt. Ob Kommunist, ob Sozialdemokrat, ob politisch indifferent, jeder, der gewillt war, positive Gewerkschaftsarbeit, frei von jedem parteipolitischen Einfluß, zu leisten, war unser Kollege. Wir wissen zu genau, daß diese kommunistische Taktik in den Gewerkschaften von einem großen Teil kommunistischer Kollegen abgelehnt wird. Sie hängen viel zu sehr an der wirklichen Einheitsfront, wie sie in den freien Gewerkschaften gegeben ist, als daß sie den Parolen der KPD. Folge leisten. Der Hinauswurf der Kollegen aus der KPD. ist nicht gering, deren Ausschluß lediglich deshalb erfolgte, weil sie es ablehnten, die Beschlüsse der KPD. in den Gewerkschaften durchzuführen.

Wir haben das Vertrauen zu unseren Kollegen in den Betrieben, daß sie auch in diesem Jahre nur den Anweisungen ihrer Organisationen Folge leisten werden. Sie werden deshalb in ihren Gewerkschaftsversammlungen zu den Betriebsrätewahlen Stellung nehmen. Bei der Aufstellung der Kandidaten ist der Tüchtigste gerade gut genug. Die Bildungsarbeit in den freien Gewerkschaften, die ganz besonders unseren Betriebsräten zugute kommt, gibt uns die Gewähr dafür, daß nur die freigewerkschaftlich gewählten Kollegen den großen Aufgaben der Betriebsräte gewachsen sind. Deshalb muß überall das Ansehen der KPD. mit Unorganisierten und anders Organisierten abgelehnt werden. Der Ausgang der Wahlen soll für uns gleichzeitig das Barometer sein, an dem wir das Stärke- und Kräfteverhältnis in der deutschen Arbeiterchaft ablesen können.

Den Unorganisierten rufen wir zu: haltet Einkehr, stellt euch mit in die Reihen des Millionenheeres der freigewerkschaftlichen Arbeiterchaft, laßt das Kampffahr 1928 auf euch einwirken, zieht die Lehren daraus, aber bleibt nicht haften an der Vergangenheit, vorwärts, vorwärts:

Den Zorn auf die Schanzen! Der schafft es schon.
Unser Machtruf heißt: Organisation!
Und kein Weltbrand soll sie bedrohen.

W. Bause, Düsseldorf.

Im Westen nichts Neues

Das Buch des Frontsoldaten Erich Maria Remarque.



Zehn Jahre lang haben über den Weltkrieg, seine Zuschauer und Regisseure, die Minister und Heerführer, berichtet, zehn Jahre lang war der Weltkrieg für die Nachgekommen eine Revue von ränkefüchtigen Ministern und eifersüchtigen Generalstäblern. Schreibtische mit Telephonanschlüssen an die Front und tapferen Soldaten, die — so ist der Fachausdruck — durchhielten. Daß da an dieser und jener Straßenecke ein Krüppel mit zerfetzten Gliedern

steht und eine Drehorgel heiser dreht — das gehört schließlich auch zu einer Revue, schon des Kontrastes wegen.

Die Frontsoldaten, die draußen waren, haben geschwiegen, und man glaubte schon, daß sie dieses furchtbare Erlebnis vergessen hätten — und genug Menschen gibt es, die da heute wieder mit der Romantik des Krieges spielen. Aber nun beginnen die Frontsoldaten zu reden — zehn Jahre später. Einfach, ohne große Worte berichten sie. Einer dieser Berichte ist das Buch des Frontsoldaten Erich Maria Remarque: „Im Westen nichts Neues!“ (Droplien-Verlag, Berlin.) Es ist das Tagebuch des Infanteristen Paul Baumer. Die einzelnen Kapitel sind ohne Datum, ohne Zeitangabe — denn zeitlos ist dieses Erleben des Krieges gewesen. — Lassen wir ihn erzählen ...

Die Kaserne.

Paul Baumer ist Student bei Kriegsausbruch. Seine Lehrer wußten so viel von der Heldenhaftigkeit der Zeit, von stiller Pflicht, von Mut, Ehre und Tapferkeit zu erzählen, daß schließlich seine ganze Klasse dazu gebracht wurde, sich der Assenkommission freiwillig zu stellen. Und so rückte er mit einigen Kameraden ein. Das Heldenleben begann auf dem Kasernenhof.

Ein alter Bekannter, der Abriecher — er heißt Korporal Himmelstoß — begrüßt uns, richtet uns ab. Etwa so: „Ich habe an einem Morgen vierzehnmals sein Bett gebaut. Immer wieder fand er daran etwas auszusetzen und riß es herunter. Ich habe in zwanzigstündiger Arbeit — mit Pausen natürlich — ein Paar uralte, steinharte Stiefel so butterweich geschmiert, daß selbst Himmelstoß nichts daran auszusetzen fand; ich habe auf seinen Befehl die Korporalschaftsstube mit einer Zahnbürste saubergeschrubbt; Kropp und ich haben uns mit einer Handbürste und einem Fegeblech an den Auftrag gemacht, den Kasernenhof vom Schnee reinzulegen ...; ich habe mit vollem Gepäck und Gewehr auf losen, nassem Sturzacker „Sprung auf, marsch, marsch!“ und „Hinlegen!“ gelübt, bis ich ein Dreacklumpen war und zusammenbrach ... ich bin nachts um 2 Uhr achtmal im Hemd vom obersten Stock der Kaserne heruntergerannt bis auf den Hof, weil meine Unterhose einige Zentimeter über den Rand des Schemels herausragte, auf dem jeder seine Sachen aufschichten mußte ...

„Wir wurden zehn Wochen militärisch ausgebildet und in dieser Zeit entscheidender umgestaltet als in zehn Jahren Schulzeit. Wir lernten, daß ein gepuhter Knopf wichtiger ist als vier Bände Schopenhauer ...“

Auf Horchposten und im Graben.

Schließlich war die Zeit der Ausrüstung um, und der Infanterist Paul Baumer geht mit seinen Kameraden an die Front. Erleichtert — denn sie konnten in der Nacht vor der Abfahrt Himmelstoß tüchtig verprügeln.

Unter den Kameraden Baumers begrüßen wir noch einen

alten Bekannten: Kacinska, der immer und überall etwas zum Essen, zum bequemen Schlafen, zum Trinken herbeischafft, auch in der größten Einöde. Er ist, sagt Paul Baumer, mit einem sechsten Sinn ausgestattet. In jeder Kompagnie, die da zum Schlachten ausgebildet wurde, war ein solcher Kacinska ...

Paul Baumer ist schon viele Monate an der Front, ein alter Hase, der im wüstesten Trommelfeuer die Kaliber der Geschütze zu unterscheiden, ihre Einschläge zu berechnen versteht. Er liegt auf Horchposten. „Die Nacht kommt, aus den Trichtern steigen Nebel. Es sieht aus, als wären die Löcher von gespenstischen Geheimnissen erfüllt. Der weiße Dunst kriecht angstvoll umher, ehe er es wagt, über den Rand hinwegzugleiten. Dann ziehen lange Streifen von Trichter zu Trichter ... Die Leuchtschirme gehen hoch ... und ich sehe ein Bild, einen Sommerabend daheim ... Es ist seltsam, daß alle Erinnerungen, die kommen, zwei Eigenschaften haben. Sie sind immer voll Stille, das ist das Stärkste an ihnen ... Meine Hände werden kalt und meine Haut schauert, dabei ist es eine warme Nacht. Nur der Nebel ist kühl, dieser unheimliche Nebel, der die Toten vor uns — es ist nach einem Angriff — beschleicht und ihnen das letzte verkrochene Leben ausfaugt. Morgen sind sie bleich und grün und ihr Blut gestockt und schwarz ...“

Baumer wird endlich abgelöst und ist wieder im Graben. Ein Trichter, ein Leichensfeld, ist vor dem Abschnitt. „Die Verwundeten, die nicht sehr weit liegen, können wir meistens holen. Manche aber müssen lange liegen, und wir hören sie sterben. Einen suchen wir vergeblich zwei Tage hindurch. Er muß auf dem Bauch liegen und kann sich nicht umdrehen. Anders ist es nicht zu erklären, daß wir ihn nicht finden; denn nur wenn man mit dem Munde dicht auf dem Boden schreit, ist die Richtung so schwer festzustellen ... Kat — Kacinska — meint, er hätte entweder eine Beckenzentrümmerung oder einen Wirbelsäuleschuß ...“

Alles Suchen nach ihm ist vergebens. Der Kompagnieführer verspricht dem, der ihn findet, Zusatzurlaub — ohne Erfolg. Man hört ihn nur röheln. „Allmählich wird er heiser ... dabei ist deutlich zu verstehen, was er ruft. Zuerst hat er immer nur um Hilfe geschrien ... in der zweiten Nacht muß er etwas Fieber haben, er spricht mit seiner Frau und seinen Kindern ... heute weint er nur noch, abends erlischt die Stimme zu einem Krächzen ... Morgens, als wir schon glaubten, er habe längst Ruhe, bringt noch einmal ein gurgelndes Röheln herüber ...“

Die Tage sind heiß und die Toten liegen unbeerdigt ... Manche treiben die Bäuche auf wie Ballons. Sie zischen, rülpsen und bewegen sich. Das Gas rumort in ihnen ...

Heldentod für Gott, Kaiser und Reich!

Trommelfeuer.

Aber man muß im Graben aushalten, muß auf den Augenblick warten, da das Trommelfeuer beginnt.

„Mitten in der Nacht erwachen wir. Schweres Feuer liegt über uns. Wir drücken uns in die Ecken. Geschosse aller Kaliber können wir unterscheiden. Jeder greift nach seinen Sachen und vergewissert sich alle Augenblicke von neuem, daß sie da sind. Der Unterstand bebt, die Nacht ist ein Brüllen und Blitzen. Wir sehen uns bei dem sekundenlangen Licht an und schütteln mit bleichen Gesichtern und gepreßten Lippen die Köpfe. Jeder fühlt es mit, wie die schweren Geschosse die Grabenbrüstung wegreißen, wie sie die Böschung durchwühlen ... Wir merken den dumpferen, rasenderen Schlag, der dem Prankenhieb eines fauchenden Raubtieres gleicht, wenn der Schuß im Graben sitzt. Morgens sind einige Rekruten bereits grün und kochen. Sie sind noch unerfahren ...“

Es wird Morgen. Zum Artilleriefeuer kommen die Minen. „Es ist das wahnsinnigste an Erschütterung, was es gibt. Wo sie niederfegen, ist ein Massengrab.“

Das Feuer dauert an. Landsturmlente beginnen zu weinen — die Rekruten werden angepöckelt — sie wollen fort, gleichgültig wohin, nur Gewalt und Prügel händigen sie, halten sie vor dem sicheren Tod vor den Gräben zurück. Das Feuer liegt nun, als Sperrfeuer, auch hinter dem Graben. Kein Essen, kein Wasser kann herangebracht werden. Da stürzen Ratten in den Graben, ein ganzes Rudel. Alle Soldaten fallen über die Tiere her und schlagen zu. „Es ist ein Ausbruch der Wut und der Verzweiflung vieler Stunden, der sich entläßt. Die Gesichter sind verzerrt, die Arme schlagen, die Tiere quiettschen, es fällt schwer, daß wir aufhören, fast hätte einer den andern angefallen.“

Im Nahkampf.

Zuerst einige technische Bemerkungen, denn natürlich hat der Frontsoldat Erfahrungen gesammelt für das Schlachten von Mann zu Mann. „Zum Stürmen“, erzählt der Frontsoldat Baumer, „ist es jetzt manchmal Mode, nur mit Handgranaten und Spaten vorzugehen. Der geschärfte Spaten ist eine leichtere und vielseitigere Waffe, man kann ihn nicht nur unter das Kinn stoßen, sondern vor allem damit schlagen, das hat größere Wucht; besonders, wenn man zwischen Schulter und Hals trifft, spaltet man leicht bis zur Brust durch. Das Seitengewehr bleibt beim Stich oft stecken, dann muß man erst dem andern gegen den Bauch treten, um es loszukriegen. . . . Dabei bricht es noch außerdem manchmal ab.“

Das Feuer auf die Gräben hat aufgehört, es liegt nur noch als Sperrfeuer weit hinten. Alles springt aus den Gräben, die Franzosen kommen mit wutverzerrten Gesichtern heran, ein Maschinengewehr ist in Stellung gebracht und dezimiert ihre Reihen. Ich sehe einen von ihnen in einen spanischen Reiter stürzen, das Gesicht hoch erhoben. Der Körper sackt zusammen, die Hände kleben an, als wollte er beten. Dann fällt der Körper ganz weg, und nur noch die abgehängenen Hände mit den Armstümpfen hängen im Draht. . . . Einen Augenblick rast die Schlacht wie ein verrückter Zirkus um mich. . . .“

Sie müssen zurück, reißen spanische Reiter in den Gräben, werfen Handgranaten. „Aus uns sind gefährliche Tiere geworden. Wir kämpfen nicht, wir verteidigen uns nur vor der Vernichtung. Wir schleudern die Granaten nicht gegen Menschen, was wissen wir im Augenblick davon, dort heßt der Tod hinter uns her, wir können ihm seit drei Tagen zum erstenmal ins Gesicht sehen, wir können uns seit drei Tagen zum erstenmal wehren gegen ihn, wir haben eine wahnsinnige Wut, wir liegen nicht mehr ohnmächtig wartend auf dem Schafott, wir können zerstören, um uns zu retten und zu rächen. . . .“

Paul Baumer und seine Kameraden müssen das von ihnen besetzte Grabenstück aufgeben, sie gehen zurück, bis sie in einen Graben kommen, der zum Gegenstoß ansetzt. Das eigene Feuer springt hundert Meter vor, der Gegenstoß beginnt. „Oh, dieses Umwenden! Man hat die schützenden Reservestellungen erreicht, man möchte hindurchlarochen, verschwinden — und muß sich umdrehen und wieder in das Grauen hinein. . . .“ Befehl ist Befehl. Baumer stürmt wieder vorwärts. „Neben mir wird einem Gefreiten der Kopf abgerissen. Er läuft noch einige Schritte, während ihm das Blut wie ein Springbrunnen aus dem Halse schießt.“

Der gegnerische Graben wird erreicht. „Haie“ — ein Kamerad Baumers — „stößt einem riesigen Franzosen den Spaten in den Hals und wirft eine Handgranate. . . die Erde rückt, es kracht, dampft und stöhnt, wir stolpern über glitschige Fleischsegen, über weiche Körper, ich falle in einen zerrissenen Bauch, auf dem ein neues, sauberes Offizierskäppi liegt. . . .“

Dann kommt der Befehl: Zurück in die eigenen Gräben! — An diesem Tage meldete der Generalstabsbericht: „Im Westen nichts Neues!“ . . .

Auf Urlaub.

Und dann ist der Frontsoldat Baumer auf Urlaub. Er geht zum Bezirkskommando sich melden. Auf der Straße knurrt ihn auf einmal ein Major an: „Können Sie nicht grüßen?“ Baumer stammelt eine Entschuldigung. Darauf der Major: „Das könnte Ihnen wohl so passen, hier Frontsitten einzuführen. Das gibt's nicht, hier herrscht, Gott sei Dank, Ordnung. Zwanzig Schritte zurück, marsch, marsch!“ Und der Frontsoldat Baumer muß vor ihm defilieren. . . .

Baumer geht wieder ins Feld. Wir erleben mit ihm das Sterben der Kameraden ringsum; er selbst wird verwundet, kommt ins Lazarett, ins Hinterland, wieder auf Urlaub und muß wieder hinaus in die Hölle, immer wieder, bis ihn ein Herzschuß erlöst. Seine Aufzeichnungen aber werden geborgen. . . .

Ein erschütterndes Buch, ein Kriegsbuch, so lebenswahr, daß man zusammentrauert und es nicht wahrhaben will, daß man dieses Grauen miterlebt hat. Es ist die fürchtbarste Anklage gegen den Krieg, die geschrieben wurde.

Der Weltkrieg hat seinen Berichterstatte und Künstler in dem Frontsoldaten Erich Maria Remarque gefunden.

Hans Bujak i. d. Wiener Arb.-Ztg.

Glossen eines Arbeitslosen

Wie ein Volksschatten über eine sonnige Landschaft gleitet, war es gekommen. In allen Abteilungen des großen Fabrikunternehmens stockte die Arbeit und kursierte das Gerücht vom schlechten Geschäftsgange und von bevorstehenden Entlassungen. Und auf den Lippen und in den Augen aller stand die bange Frage: Wie soll das werden?

Dann kam die Betriebsversammlung. Der Betriebsrat berichtete über die von der Direktion beabsichtigte Reduzierung des Betriebes. Es fehlte an Aufträgen und auch an Geld, um die Arbeiter so wie bisher voll beschäftigen zu können. Ein Drittel der

Wilder Streik im „Eisernen Moloch“

Nachfolgende Schilderung des Verlaufs eines wilden Streiks leuchtet meisterhaft in die Streikpsychologie unorganisierter Arbeiter. Wir entnehmen sie dem Roman: „Der Eisernen Moloch“ von Camille Lemannier, herausgegeben vom „Bücherkreis“, Berlin. Der Roman schildert interessant das Durcheinander solcher wilden Streiks und die grenzenlose Ohnmacht unorganisierter Arbeiter gegenüber dem übermächtigen Unternehmer.

I.

Ein Tages verkündeten Maueranschläge im Hüttenwerk die Reduktion der Löhne. Für die im Taglohn Arbeitenden betrug sie einen Sou (= 4 Pf.) von vier und eine entsprechende Derringerung der Preise pro Stück oder Ladung für die Stückarbeiter, die Heizer und Puddler. Als die Aufseher die Zettel angeklebt hatten, erhob sich eine Bewegung; die Arbeiter, die die Nachricht lesen konnten, verbreiteten sie in den Werkstätten; man verließ die Arbeit und rottete sich zusammen. Vier Sous im Tage, das bedeutete einen Laib Brot weniger, den Mittagsschoppen unterdrückt, die Schnitte Schweinespeck beim Teufel; einen Teil der notwendigsten animalischen Bedürfnisse, auf die man nicht mehr rechnen konnte. Es rumorte in den Höfen, der Lärm pflanzte sich längs der Hochofen fort, verbreitete sich in den Magazinen und schwirrte von Platz zu Platz. Dichte Gruppen mit rollenden Augen, gerunzelten Brauen und gebeugten Schultern scharten sich um die verhängnisvollen Plakate. Überall standen die Hämmer still; das Getöse der bearbeiteten Bleche und Eisenplatten klang ab; in der Halle wurde das Antriebsrad abgestellt, die Zylinder rotierten nicht mehr; selbst der Maschinen schien sich die allgemeine Bestürzung bemächtigt zu haben. Namentlich die Heizer und Puddler waren stark erregt; auf ihnen lastete die Arbeit am aller schwersten, ihr Kräfteaufwand war enorm. Nach und nach erhoben sich aus dieser um die Pfeiler gruppierten Menschen-

menge Verwünschungen, untermischt mit Zornesausschüben und wilden Protesten, ein Tumult grollender Stimmen. In einem Nu streckten sich aus der drängenden Masse zwanzig Hände vor und ohne daß man wußte, wer es tat, wurde das Plakat vor Huriauz' Augen abgerissen, zerfetzt und unter den Füßen zerstampft. Die lähmende Bestürzung, die Beklemmung der ersten Augenblicke waren gewichen, die kochenden Gemüter machten sich nun in einem Gewaltstreik Luft; die Aufregung wuchs und verbreitete sich wie ein Lauffeuer. In der großen Halle waren Panier und die andern Werkführer bemüht, die Ruhe wieder herzustellen; wer nicht zufrieden wäre, der brauchte bloß fortzugehen; aber die andern an der Arbeit hindern, das dürfe nicht sein. Und sie mengten sich unter die Gruppen, pufften die Friedensstörer in die Seiten und wurden fortwährend von heftig gestikulierenden Männern mit drohend erhobenen Fäusten umringt.

„Vorwärts. . . an die Arbeit! . . . Später könnt ihr miteinander reden.“

Aber ihre Worte gingen in dem allgemeinen Lärm verloren, alle sprachen auf einmal, um die Unverletzbarkeit ihrer Löhne zu verteidigen. Und als die Menge sich noch immer staute und keine Miene machte, auseinanderzugehen, packte Bodard, der Werkmeister der Halle, einen der Arbeiter, den lautesten Schreier von allen, beim Kragen.

„Brillen allein tut's nicht; man muß auch wissen, warum! Also sprich: ich hör' dir zu. Was willst du eigentlich?“

Der Mann, ein Dornwalzer, verheiratet und Familienvater, bekam Angst um sich und die Seinen:

„Ich sage gar nichts. Und wenn ich doch etwas sagen darf, so möcht' ich sagen, daß wir ohnehin schon genug Elend haben, auch wenn man uns nicht noch unsere vier Sous nehmen wollte. Das würd' ich sagen, wenn ich reden dürfte.“

„Und ich sag' dir, daß du ein Faulpelz bist und ein Krakeeler; du arbeitest mehr mit dem Maule als mit den Händen.“

Arbeiter sei dadurch im Betriebe überflüssig geworden und werde in der kommenden Woche entlassen werden. . . Dumpfes Schweigen herrscht in der Versammlung. Ein jeder steht im Geiste seine Familie, seine Kinder vor sich und das Elend der Arbeitslosigkeit, wenn er etwa in der kommenden Woche unter den Entlassenen sein sollte. Was dann? Dumpfes Gemurmel der Menge bricht das lautlose Schweigen. Dann meldet sich einer, ein zweiter, ein dritter zum Wort und ihre Reden sind leidenschaftliche Anklagen voll Zorn und Haß gegen die Gesellschaftsordnung, die es zuläßt, daß Menschen, die arbeiten wollen und müssen, weiß Arbeit für sie und ihre Familien Brot bedeutet, herzlos dem bittersten Elende preisgegeben werden können. Und die Versammlung bäumt sich in wildem Beifall gegen das Schicksal auf. Bis dann einer das erlösende Wort spricht: „Wir lassen es nicht zu, daß ein Teil unserer Kollegen aufs Pflaster gestellt wird. Wir werden unser bißchen Brot mit ihnen teilen und nur vier Tage in der Woche arbeiten und mit dem Lohne für vier Tage leben, damit niemand von uns entlassen zu werden braucht.“ Und bei der Abstimmung heben alle die Hand hoch. Sie wollen Arbeit und Brot miteinander teilen und die Not gemeinsam tragen. Solidarität der Armen, die wissen, was Hunger ist!

Kurzarbeit und noch kürzerer Lohn, Woche um Woche! Schließlich langt auch die Arbeit nicht mehr für vier Tage in der Woche, sondern nur für drei. . . Und wieder geht das Gerücht durch die Fabrik von bevorstehenden Entlassungen. Und auch jene, die sich den Schein der Gleichgültigkeit zu geben versuchen und sagen, „na wenn es hier nicht ist, dann ist es halt wo anders“ oder, „irgendwie wird es schon wieder werden“, auch sie denken mit Unbehagen an den Augenblick, da man sie wird gehen heißen und an die Tage des Suchens nach Arbeit und Brot. Früher oder später wird es ja doch wieder Arbeit geben. Aber was man bis dahin alles zu erdulden haben wird. Und ein Loch reißt es in den Haushalt allemal, und ehe das wieder zu ist, vergehen Monate, auch Jahre. Und jeder bangt vor der Entlassung. Wer wird wohl zunächst dran kommen? Wer dann? Mitleid und Mißtrauen beseelt sie alle. Der Selbsterhaltungstrieb macht sie zu Egoisten. Jeder ist sich selbst der Nächste! Wie soll das werden?

So, nun bin ich auch draußen. Arbeitslos! Bin frei! Wenn an prächtigen Sommertagen die Sonne durch die trüben Fensterscheiben in den düsteren Arbeitsaal der Fabrik hereinkam, dann sehnte ich mich oft hinaus in die freie Natur und in die Ferne. Aber ich war gebannt an meine Arbeitsstelle. Jetzt aber bin ich frei und — ja, es ist eine wundervolle Sache, die Freiheit des Arbeiters.

Dieser Bodard mit seinen ungeschliffenen Worten und den verben Arbeitermanieren besaß eine solche Autorität, wie sie die andern Werkmeister, die in ihrem Parvenüdümel sich abstoßend und steif verhielten, sich niemals verschaffen konnten.

Schließlich drohte er, alle, die sich nicht augenblicklich wieder zur Arbeit begeben würden, mit Geldstrafen zu belegen. Und auf die erste Sprosse einer Leiter kletternd, mit den Armen in der Luft herumfuchtelnd, schrie er aus vollem Halße:

„Entweder ihr packt euch fort, oder ich diktiert euch allen einen Lohnabzug.“

Das beruhigte die Gemüter; die Menge zerstreute sich, und murrend, mit schweren Schritten, kehrten die Männer zu ihrer Arbeit zurück. Doch waren einige darunter, die, noch aufgeregter als die übrigen, energisch nach ihrer Joppe griffen, und nach einer Flut von Verwünschungen über die Kameraden, die nicht ihrem Beispiele folgten, die Werkstätte verließen. Sie bummelten vor den Gittern der Fabrik, heßten die Leute auf und schleppten sie schließlich mit sich in die benachbarten Kneipen.

Bald wußte man in ganz Culot von der Neuigkeit. Zu Mittag strömten in die Höfe eine Schar von Weibern, mit Körben und Töpfen bepackt, die die Nahrung für Gatten und Söhne enthielten. Und ihre kreischenden Stimmen klangen heifend aus den Winkeln der Höfe und beherrschten die brummenden Bässe der Männer. Aufs neue rottete man sich zusammen; es bildeten sich Gruppen, die allsogleich wieder auseinanderstoben, sobald ein verdächtiges Gesicht auftauchte. Die schweißigen, kohlenberußten Gesichter verzerrten sich, ihr Mund stieß Flüche, Verwünschungen und kurze, haßerfüllte Worte gegen die Herren hervor.

Niemand war mehr zur Arbeit aufgelegt; die Mutlosigkeit hielt sie am Fleck wie festgebannt; Arme und Beine waren erschlaft, in ihrem Hirn gab's keine andern Gedanken mehr als die neuerlichen Entbehrungen, die diese Lohnreduktion im Gefolge haben mußte. Des Morgens, unter der ersten Einwirkung des

Ich habe immerhin noch Glück gehabt und habe jahrelang ununterbrochen zehn Jahre lang an einer Stelle gearbeitet. Zehn Jahre lang! Und die Früchte meiner zehnjährigen Arbeit? Nun, freilich, ich habe nichts und bin so arm wie ich zuvor war. Nein! noch ärmer! Ich habe zehn Jahre meines Lebens verloren und so manche Hoffnung begraben. —

Es ist ein grausames Schicksal: wir bleiben arm, weil wir arbeiten. Und wir müssen arbeiten, weil wir arm sind, und verhungern, wenn für uns keine Arbeit da ist.

Der gute Carlisle hatte leicht reden mit seinem: „Arbeiten und nicht verzweifeln!“ Gäbe es nur genug Arbeit für die Arbeiter, es gäbe nicht so viel Verzweiflung unter ihnen. Arbeiten und nicht verzweifeln ist ja keine Kunst. Aber eine Kunst ist es, Tag für Tag mit leerem Magen in den trostlosen Räumen der Arbeitslosenämter frierend auf Arbeit zu warten, bis der ganz unwahrscheinliche Fall sich ereignet, daß ausgerechnet du von den vielen Tausenden, die gleich dir auf Arbeit warten, das Glück haben solltest, welche zu bekommen. Und eine Kunst ist es auch, von einem Fabrikator zum anderen zu pilgern, dort deine Arbeitskraft anzubieten und dich immer wieder abweisen zu lassen, Tag für Tag, Woche für Woche, Monate hindurch, und trotz der hundertfachen Enttäuschungen nicht zu verzweifeln. Und wenn du müde, mutlos, enttäuscht, am Rande der Verzweiflung heimwärts gehst und im Geiste schon die erwartungsvollen Augen deiner Frau und Kinder auf dich gerichtet siehst, wenn du zur Türe hereinkommst . . . und rings umher auf den Gassen und in den Schaufenstern sozialer Lugus zur Schau getragen und gestellt wird, als wollte man dich höhnen in deinem Elend . . . Wenn du dir die traurigen Augen deiner Kinder vergegenwärtigst, aus denen der Hunger blickt, an deine armselige Wohnung denkst, die immer leerer wird, weil ein Stück Hausrat nach dem andern zum Trödel wandert . . . dann gehört schon viel, sehr viel Beherrschung dazu, der Verzweiflung zu widerstehen, bis dann der Tag kommt, an dem du ihr nicht mehr standhalten kannst. Dann meldet der Polizeibericht in den Zeitungen mit wenigen Worten wieder von einer Verzweiflungstat. —

„Wo kein Profit winkt, dort raucht auch kein Schornstein“, hat Bebel einmal irgendwo gesagt. Und es rauchen jetzt überall nur wenig Schornsteine. Nicht nur bei uns, sondern auf der ganzen Erde. Ueberall gibt es Arbeiter in die Hunderttausende, für die keine Arbeit da ist. Und doch gäbe es soviel Arbeit, um die Schäden des Krieges zu beheben. Die arbeitslosen Schuhmacher, die Schneider, die Weber, sie alle hätten Arbeit in Hülle und Fülle, um Schuhe, Kleider und Stoffe zu erzeugen, die uns allen fehlen. Die Bauarbeiter hätten Brot und Arbeit genug, wenn sie die

vernichtenden Schläge, hatte es einen einzigen Aufschrei gegeben: Arbeitseinstellung! Aber seither war die Ueberlegung zurückgekehrt; man sah den finstern Abgrund einer ungewissen Zukunft vor sich. Namentlich bei den Älteren lähmte die Furcht vor einer aus der Ordnung geratenden Häuslichkeit alle Energie. Dagegen wollten den Streik Colonna, Gaudot, Bietlot, etwa 50 Kameraden, die fast alle ledig waren. Sie bemühten sich, Anhänger anzuwerben. Gaudot beteuerte, daß Lambilotte ihm von 300 Streikenden gesprochen hätte, auf die man zählen könnte; die Größe der Zahl machte auf die Leute Eindruck. Einige Arbeiter traten aus der Gruppe hervor, klopfen ihm auf die Schulter und sagten: „Wenn sich's so verhält, dann tu' ich mit.“

Aber die Weiber dämmten ein; sie waren nicht für den Streik. Wenn auch das Werk gesperrt würde, man mußte doch essen, die Kinder füttern, den Kaufmann bezahlen. Nein, man dürfte nicht glauben, daß sie kein Verständnis für die geschmähte Würde des Arbeiters und die Ausbeutung der Herrenleute hätten; aber der Haushalt, das Essen, die Schulden bei den Lebensmittelhändlern gingen allem andern vor. Bei einer Frau, mager wie ein Stecken, der Frau des Colasse, konnte man unter dem zu kurzen Rock, der durch eine stark vorgeschrittene Schwangerschaft gehoben wurde, die dünnen Beine aufgeregert zappeln sehen. Mit den Händen auf ihren Leib schlagend, schrie sie den Männern zu:

„So, und das da hier, wer wird mir denn das ernähren?“

Dann begannen die Werkführer zu patrouillieren; unvermittelt fielen sie den Arbeitern in den Rücken, ohne daß sie vorher gewarnt worden wären; sichtlich waren weder Ort noch Stunde günstig. Da kam man überein, sich bis zum Schluß des Tages ruhig zu verhalten; abends sollte man sich in den Kneipen versammeln, um Verhaltungsmaßregeln festzusetzen. Aus einem Rest von Sympathie für Karoline, der Frau Huriauz, brachte Gaudot die „Fanfare“, die von Huriauz als Nebenbeschäftigung unterhaltene Kneipe, in Vorschlag.

Wohnungen bauen könnten, um die Wohnungsnot zu beseitigen. Aber alle diese stielzigen Hände müssen feiern, die Arbeiter müssen darben und sind der Verzweiflung preisgegeben, weil — nun, weil eben den Unternehmern kein Profit winkt.

Und dabei gibt es immer noch Leute, die da schwätzen, wie herrlich schön der liebe Herrgott die Welt doch eingerichtet hat: das Gras ist grün, das Wasser naß, die Fische leben nicht auf dem Trockenen, die Vögel nicht im Wasser, kurz, der Herrgott hat alles just so eingerichtet, wie es eben sein muß. Aber welchen Sinn hat nun das Faktum, daß für Millionen von Arbeitern keine Arbeit vorhanden ist, obwohl uns der liebe Herrgott nach den Worten dieser theologischen Schwätzer zum arbeiten die Hände geschaffen hat?

„Es sind eben zu viele Menschen auf der Welt!“ So redeten vor dem Kriege viele unverständige Menschen und sehnten einen Krieg herbei. Ihr Sehnen ward erfüllt in einem Maße, wie sie es sich wohl kaum haben träumen lassen. Millionen und Millionen Menschen hat der Krieg dahingerafft, und ist's jetzt besser? Hat der Krieg etwa noch immer zu wenig Menschen vernichtet? Nein! Aber die Reichen, denen die Fabriken gehören, lassen die Armen, zum Arbeiten geborenen Menschen nicht arbeiten und zwingen sie ins Elend. Das ist der Terror, den profitklüsterer Kapitalismus an der ganzen Menschheit ausübt. Wenn aber Arbeiter eines Betriebes erklären, sie arbeiten nicht mit einem Unorganisierten, hei, wie zetern da alle, die es ganz in Ordnung finden, daß der Kapitalismus hunderttausende Arbeiter nicht arbeiten läßt.

Wie erniedrigend das Gefühl doch ist, wenn man um Arbeit bitten muß! Sie gehört doch zum Leben wie die Luft, wie das Wasser. Und dennoch wird sie uns genommen und vorenthalten, wenn nach den verträkten Regeln der kapitalistischen Plusmacherei diese Arbeit den nichtstunenden Reichen nicht genug einbringt. Dann werden die Arbeiter in die Hölle der Arbeitslosigkeit verdammt, deren Qualen jahrein, jahraus Tausende und aber Tausende von Arbeitern erdulden müssen.

Die alten Griechen hätten können ebensoviel ihren Tantalus in der Unterwelt als modernen Arbeitslosen büßen lassen. Seine Qualen wären keineswegs geringer. Freilich, allzu lange hätte er diese Qualen nicht ausgehalten; er wäre ihnen recht bald verhungert!

Heinrich Holck.

Urteile von einem Menschen lieber nach seinen Handlungen als nach seinen Worten; denn viele handeln schlecht und sprechen vortrefflich.

Matthias Claudius.

Andere schlugen die „Lustigen Brüder“ vor, eine Kneipe, die ein Weib eines Koksheizers hielt; man einigte sich, auch dort hinzugehen, nachdem man zuerst bei den Huriauz vorgeprochen hätte. Die Arbeiter der Werkzeugmaschinen, der Konstruktion und Kesselhäuser beschloßen, sich bei denjenigen von ihren Leuten zu versammeln, die ein Wirtshaus besaßen. Capaudri, der Abfuhrler, Cossignol, der Mechaniker, Celoup, der Schmied, lauter Armelentevergifter, deren Frauen in mehr oder minder problematischen Lokalen Bier oder Likör ausgaben, tobten am lautesten und drängten zu einem allgemeinen Ausstand: ihnen ahnte ein gutes Geschäft bei diesem Streik, der ihnen die feiernden Scharen in hellen Häufen zutreiben würde.

Der Abzug der Weiber gab das Signal, die Arbeit wieder aufzunehmen; die Ansammlungen lösten sich, die Männer strömten in das Innere der Werkstätten zurück. Man begann wieder zu schaffen, aber lässiger als sonst, mit häufigen Unterbrechungen, während deren man sich trotz der sorgfältigen Ueberwachung der Werkführer und Aufseher einzelne Worte zwischen dem Getöse der Maschinen zurief. Und in der Ratlosigkeit dieser bestürzten, zerknirschten Menge, die noch so unschlüssig war, krochen die Stunden nur träge dahin, schien der Tag kein Ende nehmen zu wollen.

Beim Ausgang gab's wieder einen neuerlichen Tumult in den Höfen; man fiel massenweise über die Nachtmannschaft her, um sie zum Rückzug zu bewegen. Colonal, Gaudot, Celoup, Cossignol postierten sich auf der Straße vor dem Gitter, hielten die Nachzügler an und parlamentierten mit ihnen. Vor der Tür eines Cafés sah man den langen, gelblichen Bart Lambillottes in dem Eifer einer Ansprache flattern. Seine ganze Hitze eines ehmaligen „Internationalen“ war ihm in die Kehle gestiegen und machte sich in einem Redeschwall Luft. In ihm kochte wieder der alte, zähe Haß gegen die Besitzenden. Ueber dem Stimmengeschwirr der Menge vernahm man abgerissene Worte seiner Rede:

Mein Schreibtisch und ich . . .

Mein Schreibtisch und ich, wir sind gute Freunde. Aber die beste Freundschaft schützt nicht vor Meinungsverschiedenheiten, und es kommt vor, daß auch wir uns erzürnen.

Am Tage, wenn ich im Hasen meiner Beschäftigung nachgehe und Kisten und Ballen bewege oder Sachgut bearbeite, steht er einsam daheim und wartet — wartet, bis ich am Spätnachmittag komme und ihn mit einem freundlichen Blick begrüße.

Mitunter leistet ihm die Sonne in meiner Abwesenheit Gesellschaft. Doch er macht sich nicht viel aus ihrem Besuch. Ich glaube fast, er sieht sie nicht gern. Sie ist ihm zu neugierig und findet ein besonderes Vergnügen daran, seine Schwächen bloßzustellen.

Nichts ist ihm unerwünschter, als an sein Alter erinnert zu werden, denn er ist eitel wie eine junge Frau. Er hat nämlich bessere Tage gesehen in einem Patrizierhause, bevor er zu mir kam. Als sich jedoch die ersten Spuren von Altersschwäche zeigten, mußte er es sich gefallen lassen, daß man ihm die Freundschaft kündigte, weil er nicht mehr standesgemäß war.

Obwohl ich ihn mit großer Liebe aufgenommen habe, konnte er in den ersten Tagen seine vornehme Herkunft nicht vergessen und schämte sich, daß er sich erniedrigen mußte, fortan einem Arbeiter Gesellschaft zu leisten. Es hat geraume Zeit gedauert, bis er mich seines Vertrauens und seiner Freundschaft würdigte.

Wenn ich nach vollbrachtem Tagewerk mein Mittagsmahl verzehrt habe und, eine Zigarette rauchend, auf dem Sofa liege, blickt er ungeduldig zu mir herüber, als wollte er sagen:

„Wollen wir heute abend nicht ein bißchen arbeiten?“

Er ist ein alter Quälgeist, daß ich es nur geradeheraus sage. Nicht dieses kleine Viertelstündchen gönnt er mir. Ich glaube, wenn er sich allein fortbewegen könnte, würde er Streit mit dem Sofa suchen, so eifersüchtig ist er.

„Lieber Freund,“ sage ich begütigend, „ich bin müde — müde zum Umfallen. Eintausendfünfhundert Sätze sind mir heute durch die Hände gegangen — kannst du begreifen, was das heißt? Eintausendfünfhundert Sätze Palmkerne — den Sach schlechthin mit achtzig Kilo gerechnet. Also wirklich, ich habe keine Lust. Sei nicht böse, wenn ich heute das Sofa deiner Gesellschaft vorziehe.“

Er ist beleidigt und würdigt mich keines Blickes mehr — ich habe es einstweilen mit ihm verdorben.

Er ist mir ein lieber Freund und will mein Bestes. Aber was hilft's, gegen Müdigkeit ist selbst die innigste Freundschaft machtlos.

Ernst Riediger, Hamburg.

„Mut, Kinder, . . . man muß ihnen zeigen, daß wir Männer sind. . . Leutehinder . . . Lieber vor Hunger krepieren. . .“

Don Gaudot aufgezeigt brüllte Capitte:

„Wenn's bloß noch zehn solcher Kerl gäbe, wie ich einer bin, würden wir ihnen die Maschinen zertrümmern.“ Aber da wurden Protestrufe laut. Nein, keine Gewalttaten! Einen friedlichen Streik mit legalen Mitteln!

Sechs seit dem Morgen ausständige Arbeiter hatten den Tag dazu benutzt, die Wirtshäuser abzulaufen und Culot aufzuwiegeln. Etwa zwanzig Pubbler, Heizer und Walzer der Nachtschicht, die sie unterwegs zusammengetrieben, wurden ebenfalls für die Einstellung der Arbeit gewonnen. Die Bande war mehrere Stunden im Dorfe herumgezogen und hatte allmählich Zuwachs von arbeitslosen Akkordarbeitern erhalten, unzufriedenen Zugehörigen zu andern Industrien, und von etwa 100 Kohlenarbeitern aus einem Nachbardorfe, wo eine Grube seit zwei Tagen den Betrieb eingestellt hatte. Nach und nach entflammten sich ihre finsternen Gesichter am Alkohol. In der Hitze der Diskussion war schon manche Kopfnuß ausgeteilt worden; zwei halbbetrunkene Walzer hatten sogar Cuchons Fenster mit Steinen bewerfen wollen. Nun bildete das kleine Häuflein vom Vormittag eine stattliche Schaar, die in dem Dunkel der Nacht gleich einer brandenden Woge an die Mauern vom „Moloch“ schlugen. Einige Arbeiter, die sich nicht am Streik beteiligten und zu ihrer nächtlichen Arbeit gingen, wurden auf ihrem Wege durch die Höfe von dem Geheul der Männer verfolgt. Plötzlich entstand ein Gedränge vor dem Wirtshause, in dem Lambillotte noch immer gestikuliert. Dort waren Déle, Phrasie und zwei andere Dirnen erschienen, Kohlenklauberrinnen aus dem Werke, die mit schnippischer Miene die Erklärung abgaben, daß auch sie die Fabrik stehenlassen wollten. Ein paar Männer faßten sie um die Taille, um diese Unterstützung, die ihnen von seiten der Frauen erwuchs, durch einen Trunk zu feiern.

Die Reichs- und Staatsarbeiter wählen bei den Hauptbetriebsratswahlen einheitlich und geschlossen folgende Listen:

Reichswehrministerium, Wahltag: 15. und 16. März, Liste 1. Kennwort: Freigewerkschaftliche Einheitsliste. Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Deutscher Verkehrsbund, Deutscher Metallarbeiterverband, Bund der technischen Angestellten und Beamten, Zentralverband der Angestellten. Meinke — Benters — Feige. Es wählen alle Dienststellen mit Ausnahme der Werft Wilhelmshaven, Arsenal in Kiel, Remonteamter und Forstverwaltungen.

Preussisches Landwirtschaftsministerium, Wahltag: 16. März, Liste 1. Kennwort: Freigewerkschaftliche Einheitsliste. Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Bund der technischen Angestellten und Beamten, Zentralverband der Angestellten. Heinrich — Huck — Köhler. Es wählen: das Ministerium, Landwirtschaftliche und Tierärztliche Hochschule, Bade- und Brunnenbetriebe, Rebenveredelungs- und Lehranstalten, Kultur- und Landeskulturanstalten, Lehranstalten für Weinbau.

Preussisches Ministerium für Handel und Gewerbe, Wahltag: 16. und 17. März, Liste 1. Kennwort: Freigewerkschaftliche Einheitsliste. Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Zentralverband der Angestellten. Wachlin — Wendland — Freund. Es wählen: das Ministerium, Eichämter, Bergämter, Gewerbeaufsichtsämter, Geologische Landesanstalt, Baugewerkschulen, Gewerbeschulen.

Reichsfinanzministerium, Wahltag: 18. und 19. März, Liste 1. Kennwort: Freigewerkschaftliche Arbeiterliste ADGB. Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Deutscher Verkehrsbund. Kasper — Choppack — Eckstein. Es wählen: Ministerium, Landesfinanzzeugamt, Reichsmonopolamt für Branntwein, Landesfinanzamt, Finanzämter, Oberzolllamt, Zollämter, Reichsbauämter.

Preussisches Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Wahltag: 18. und 19. März, Liste 1. Kennwort: Freigewerkschaftliche Einheitsliste Arbeiter und Angestellte. Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter, Choränger- und Ballettverband, Zentralverband der Angestellten, Bund der technischen Angestellten und Beamten. Fischer — Lerch — Böttcher — Kogke. Es wählen: Universitäten, Kliniken und Institute, Technische Hochschulen, Botanische Gärten, Materialprüfungsamt, Museen, Hochschulen, Theater, Kunst, Akademien, Observatorien, Provinzialsschulkollegien, Gymnasien, Schloßgärten.

Preussisches Finanz- und Ministerium des Innern, Wahltag: 16. und 17. März, Liste 1. Kennwort: Freigewerkschaftliche Liste der Angestellten und Arbeiter. Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Deutscher Verkehrsbund, Zentralverband der Angestellten, Bund der technischen Angestellten und Beamten. Hilke — Jochel — Wege. Es wählen: Regierungen, Oberpräsidenten, Ministerien, Schutzpolizei und Polizeiverwaltungen, Katasterämter, Kreiskassen, Landjägererei, Statistisches Landesamt, Landratsämter, Ministerial-Baukommission.

Preussisches Justizministerium, Wahltag: 16. und 17. März, Liste 2. Kennwort: Freigewerkschaftliche Liste der Angestellten und Arbeiter. Reichsverband der Justizbureaubeamten und deren Anwärter, Zentralverband der Angestellten, Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Westphal — Puhlmann — Bockelmann — Leibinger. Es wählen: das Ministerium, die Arbeitsgerichte, Amts- und Landgerichte, das Kammergericht, die Straf-anstalten, Kriminalgerichte und Untersuchungsgefängnisse, Oberlandesgerichte.

Wirtschaftliche Widersprüche

Die Volkswirtschaftslehre gehört nicht gerade zu den jüngeren Wissenschaften. Sie beschäftigt sich mit Vorgängen, in denen wir leben, die wir gewissermaßen mit Händen greifen können. Und doch weiß kaum eine andere Wissenschaft gleich viel dunkle, unauflösbare Gebiete sowie Theorien auf, die sich einander schroff gegenüberstehen. Daraus müssen sich Widersprüche ergeben, die oft recht seltsam anmuten, weil sich hierbei zeigt, daß Theorie und Praxis doch recht verschiedene Dinge sein können. Die Erklärung hierfür ergibt sich daraus, daß die volkswirtschaftlichen Auffassungen und Theorien selbst da, wo sie objektiv sein wollen, in der Regel von bestimmten klassenmäßigen Anschauungen diktiert sind. Das so von der Wirtschaft entstehende Bild kann daher kein völlig zutreffendes sein. Es müssen sich zwischen ihm und der Wirklichkeit Widersprüche ergeben.

Die Wirtschaft jedes Volkes gründet sich auf seine industrielle, gewerbliche und landwirtschaftliche Produktion. Von deren Entwicklung ist im wesentlichen der Stand der Wirtschaft, die soziale Lage ihrer Angehörigen sowie der allgemeine Volkswohlstand abhängig. Wenigstens legt man für die Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse diese Merkmale zugrunde. Praktisch liegen die Dinge häufig anders. So ist denn auch „Volkswohlstand“ nicht nur ein allgemeiner, sondern auch relativer Begriff, der sich nicht — wie es recht häufig geschieht — ohne weiteres durch Zahlen über das vorhandene Volksvermögen bestimmen läßt. Ebenso wenig sind aus seiner Feststellung einigermaßen zutreffende Schlüsse auf die soziale Lage der Bevölkerung, besonders ihrer arbeitenden Schichten möglich. Das vorhandene Volks- oder Nationalvermögen kann verhältnismäßig hoch sein, ohne daß jedoch die breiteren Volksschichten daran entsprechend beteiligt sind. Im Jahre 1913 wurde z. B. das deutsche Volksvermögen auf 310 bis 400 Milliarden Mark geschätzt. Auf den Kopf der Bevölkerung entfiel hiernach ein Anteil von 4650 bis 5950 Mark. Von einer derart gleichmäßigen Verteilung des Volksvermögens war natürlich keine Rede. Dieses befand sich vielmehr zum allergrößten Teil in den Händen einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Besitzenden. Die arbeitenden Volksschichten waren in ihrer überwiegenden Mehrheit vermögenslos. Und sie sind es heute mehr als je, obwohl sie den Reichtum durch die Arbeit ihrer Hände erzeugen.

Besser wie nach dem Stand des Volksvermögens läßt sich von der sozialen Lage der Bevölkerung auf das Vorhandensein eines

mehr oder weniger vorhandenen allgemeinen Volkswohlstandes schließen. Doch treten auch hier Schwierigkeiten auf. Diese entstehen aus den Abstufungen innerhalb des Gesellschafts- und Wirtschaftskörpers, den Gegenätzen zwischen den einzelnen Gesellschaftsschichten: auf der einen Seite ungemessener Reichtum, auf der anderen drückende Armut! Solche Gegensätze bestehen überall, wo der Kapitalismus herrscht, und zwar in einem Umfang und in einer Schärfe, die frühere Gesellschaftsperioden mit wesentlich niedriger stehender Produktion nicht kannten. Reichtum und verchwenderischen Luxus neben Elend und Not hat es immer gegeben, seit sich die Menschen in Gesellschaftsverbänden zusammenschlossen. Aber Not und Elend waren — abgesehen von Zeiten, wo Kriegs- oder Naturkatastrophen über die Menschen hereinbrachen — keine Massenerscheinungen. Soweit im übrigen soziale Unterschiede bestanden, gründeten sie sich auf Anwendung von Gewalt und Unterdrückung. Diese wieder fand ihre Erklärung in der geringen Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit.

In dieser Richtung hat nun der Kapitalismus eine gewaltige Ummwälzung herbeigeführt. Sein Auftreten war von einem riesenhaften Aufschwung der Produktion begleitet, ohne daß jedoch entsprechende, für die Massen der Bedrückten und Ausbeuteten vorteilhafte soziale Wirkungen eintraten. Ja, die gegenwärtig sich durchsetzende, mit weiterer erheblicher Steigerung der Produktivität verbundene Rationalisierung zeigt sogar das Gegenteil und läuft auf eine Wiederholung derjenigen Vorgänge hinaus, wie sie in den Anfängen der kapitalistischen Produktionsweise auftraten. Waren es damals Bauern und Handwerker, denen durch die neuen kapitalistischen Produktionsmethoden die Existenzgrundlage unter den Füßen hinweggezogen wurde, so verfallen heute Millionen von Arbeitern einem ähnlichen Schicksal, indem sie durch die Rationalisierung der Produktion wirtschaftlich ausgeschieden und unter gewissen Umständen zu dauernder Arbeitslosigkeit verurteilt werden. Hier klafft ein Widerspruch, wie er grotesker nicht sein kann. Die steigende Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit wird anstatt zur Grundlage eines allgemeiner sozialen Aufstiegs und zunehmenden Wohlstandes zur Quelle von Not und Elend!

Betrachten wir diese Verhältnisse genauer, um diesen Widerspruch aufzuklären. Jede Verbesserung der Produktionsmittel oder Erzeugungsmethoden gestattet eine Vermehrung und Verbilligung der zur Verteilung verfügbaren Güter. Desgleichen ermöglicht

jedes Mehr an Gütern eine umfassendere und bessere Befriedigung der vorhandenen Bedürfnisse. Unter normalen Verhältnissen müßte sich also jede Produktionssteigerung in eine Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, damit in eine Hebung der sozialen Lage der Bevölkerung und schließlich in eine Erhöhung des Volkswohlstandes umsetzen. Das würde mit der Theorie übereinstimmen, wonach das Volk sozial und wirtschaftlich am günstigsten gestellt und am wohlhabendsten sein soll, dessen Produktion am höchsten entwickelt ist. Die schroffen Klassengegensätze in den modernen Industrieländern beweisen jedoch, daß diese Voraussetzung nicht oder nur sehr bedingt zutrifft.

Dieser Widerspruch ist in dem herrschenden kapitalistischen System begründet. Der kapitalistische Unternehmer produziert nicht, um die Bedürfnisse seiner Mitmenschen zu befriedigen, sondern um Profite zu erzielen. Wo dieser ausbleibt, besteht für ihn kein Interesse, sein Kapital oder seine Produktionsmittel in Bewegung zu setzen. Von den gleichen Impulsen ist das gesamte Unternehmertum geleitet. Auf die Kaufkraft der Arbeiter und Verbraucher wird dabei keine Rücksicht genommen. Allgemeiner Grundsatz ist: Waren billig zu produzieren und teuer zu verkaufen! Die bestehende Kartellierung, Syndizierung und Vertrustung der Industrie läßt zu, diesen Grundsatz weitgehend durchzusetzen. Als Folge sehen wir: Niederhaltung der Löhne, Herabdrückung der Kaufkraft, Einschränkung der Nachfrage, Drosselung der Produktion und Zunahme der Arbeitslosigkeit. Die Erhöhung der Produktivität der Arbeit bewirkt also das Gegenteil von dem, was unter vernünftigen Wirtschaftsverhältnissen vorhanden sein sollte.

Das schließt scheinbar jeden wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt aus, und doch ist ein solcher nicht zu leugnen. Werfen wir einen Blick auf die seither erfolgte gesellschaftliche und soziale

Entwicklung, so finden wir, daß ihr Weg ein ständig ansteigender war. Dieser Aufstieg ging nicht ohne Hemmungen vor sich. Es traten auch zeitweise Rückschläge ein, die aber immer wieder überwunden wurden. Die Entwicklung der Produktion bildet eine ununterbrochene Kette von Neuerungen oder, wie wir heute sagen, Rationalisierungen, die den Arbeitsprozeß fortgesetzt umwälzten, erleichterten, verbilligten und beschleunigten. Den Hauptvorteil davon haben freilich stets die Unternehmer gehabt. Ganz leer gingen jedoch auch die Arbeiter nicht aus. Ihre Lebenshaltung hat sich langsam, aber stetig gehoben; ihre Bedürfnisse, Rechts- und Kulturansprüche haben sich erweitert; der Volkswohlstand nahm sichtbar zu.

In diese Entwicklung droht durch die gegenwärtige Kartellpolitik des Unternehmertums ein Stillstand einzutreten. Das darf nicht geschehen! Die den Arbeitern bisher zufließenden wirtschaftlichen und sozialen Vorteile fielen ihnen nicht von selbst in den Schoß. Sie mußten darum kämpfen! Das wird von ihnen auch in der Folge gefordert, bis das von den Gewerkschaften angestrebte Ziel, die Sozialisierung der kapitalistischen Wirtschaft, erreicht ist. Noch verfügt der Kapitalismus über eine immense Macht, die er dazu benutzt, den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu verhindern. In der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft ist ihm aber ein Gegner erwachsen, der sich ansetzt, diese Macht zu brechen. Erst wenn das gelingt, kann endgültig der Zustand beseitigt werden, daß die wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften nur zur Bereicherung einer verhältnismäßig kleinen Schicht von Besitzenden dienen, die Lage des arbeitenden Volkes dagegen immer fragwürdiger und unsicherer wird. Nur so wird eine Wirtschaftspolitik möglich, die aus der steigenden Ergiebigkeit der Arbeit Segen und wachsenden Wohlstand für alle entstehen läßt.

M a t t u t a t.

Kritisches zur Einführung unserer Invalidenunterstützungskasse

War in den letzten Jahren die Einführung oder Nicht-Einführung einer Invalidenunterstützungskasse Gegenstand lebhafter Erörterungen in den Reihen unserer Mitglieder, so ist uns jetzt, wo wir kurz vor der Einführung der Kasse stehen, noch einmal Gelegenheit gegeben, zu prüfen, was zu einer Verneinung oder Bejahung dieser Einrichtung geführt hat.

Dorwegnehmen möchte ich, daß sich nach meiner Meinung der Zentralvorstand zu viel und die breite Mitgliedschaft zu wenig mit dieser Frage beschäftigte. Sicher ist, daß die wenigen Artikel in der „Gewerkschaft“ über diese Frage nicht genügten, um die Mitgliedschaft auf das Kommen der Dinge vorzubereiten. Auch hätte man im Laufe der Zeit eine großangelegte Kampagne für die Invalidenunterstützungskasse in den Betrieben durchführen müssen, denn hier ist der geeignete Boden für diese Frucht. Solche Versammlungen hätten nicht nur die Mitgliedschaft mit dem Gedanken der Invalidenunterstützungskasse vertraut gemacht, sondern hätte auch großen werbenden Charakter angenommen; denn Tausende stehen noch abseits, die gewonnen werden müssen.

So segensreich die Einführung einer Invalidenunterstützungskasse ist, so wollen wir doch nicht verkennen, daß für die Funktionäre unserer Gewerkschaft bis zu dem 1. Juli noch eine große Aufklärungsarbeit zu leisten ist; denn selbst in den Reihen unserer Mitglieder hat der Gedanke der Invalidenunterstützungskasse noch nicht die Bedeutung gewonnen, wie es wünschenswert wäre. Feststellen müssen wir immer wieder, daß selbst unsere Mitglieder nicht der Einführung der Invalidenunterstützungskasse, sondern der Beitragsleistung ablehnend gegenüberstehen. Typisch ist, daß es in der Regel junge Kollegen sind, die sich scheinbar vorgenommen haben, nicht alt zu werden. Würden aber diese Kollegen ihren Gesichtskreis etwas erweitern, dann würden sie bestimmt zu anderen Schlüssen kommen. Nur ein Beispiel sei erwähnt. Nehmen wir an, der Vater eines Gemeinbearbeiters ist durch irgendeinen Grund in der Privatindustrie invalide geworden. Ist der Vater des Kollegen nicht Mitglied einer freien Gewerkschaft gewesen, die ihm bei der Invalidität eine Zusatzrente gewährt, so kann es dem Sohne sehr wahrscheinlich passieren, daß er durch die Bestimmungen des Wohlfahrtsamtes zur Unterstützung des Vaters herangezogen wird. War aber der Vater Mitglied einer Gewerkschaft, und somit Mitglied der Invalidenunterstützungskasse, so besteht für den Sohn eine unerhebliche oder im günstigsten Falle keine Zahlungspflicht an das Wohlfahrtsamt, weil dann der Vater die Norm des Wohlfahrtsamtes übersteigt.

Außer dem oben angeführten Grunde, der in der Regel auf

jedes jüngere Mitglied paßt und schon Veranlassung genug sein müßte, die Invalidenunterstützungskasse zu bejahen, wäre noch vieles, das für die Einführung spricht, zu sagen. Da aber an der Einführung der Kasse an sich nichts mehr zu ändern ist, denn unsere höchste Instanz, der Verbandstag, hat der Einführung grundsätzlich zugestimmt, gestatte ich mir einige kritische Bemerkungen zu dem Statut.

Wer in einer Kommunalverwaltung tätig ist, in der eine Ruheohnversorgung bestand, die ein einseitig aufgezogener Akt der betreffenden Verwaltung war, die nun aber durch eine neue Ruheohnversorgung, bei deren Schaffung die Gewerkschaften sehr aktiv mitredeten, ersetzt wurde, der wird sich noch erinnern, daß ein schwerer Kampf um das Wörtchen „kann“ tobte. In der Regel hieß es in verschiedenen statutarischen Punkten der alten Ruheohnordnungen: „der Arbeiter kann, wenn er diese oder jene Vorbedingungen erfüllt hat, pensioniert werden“, oder „es besteht kein rechtmäßiger klagbarer Anspruch“.

Weil diese Kämpfe, die oft den Abschluß einer Ruheohnversorgung gefährdeten, sich hauptsächlich um die Kann-Bestimmungen drehte, da wir eine Muß-Bestimmung forderten, glaube ich dieses in unserer Invalidenunterstützungskasse nicht zu finden. Wenn gleich ich ein absoluter Anhänger der Invalidenunterstützungskasse bin, sehe ich mich veranlaßt, gerade durch unsere Kämpfe, die wir ausgefochten haben, gegen diese so harmlos aussehenden Bestimmungen, die aber so viel Juristerei in sich bergen, Front zu machen. Ich glaube, daß es die Werbung für die Invalidenunterstützungskasse wesentlich beeinflussen wird, wenn man an die Stelle des Wörtchens „kann“ das sicher angenehmere und vielversprechendere Wort „wird“ setzt.

Auch der § 2 birgt dieses mysteriöse Wort, und im Nachsatz des ersten Satzes heißt es: „ohne daß hierauf ein klagbarer Rechtsanspruch besteht“. Ich kann mir sehr gut vorstellen, daß auch wir bei der Fassung unserer Statuten um gewisse Juristereien nicht herumkommen. Aber ich gestatte mir die Frage: „Ist dies bei einer Gewerkschaft absolut notwendig?“ Ich habe die feste Ueberzeugung, daß ein jeder Kollege, der ordnungsgemäß seine Beiträge geleistet hat, seine Zusatzrente erhalten wird; ja man wird mehr als einmal aus rein kollegialen-sozialistischen Gründen beide Augen zudrücken, denn nicht zuletzt haben wir soziale Grundsätze.

Mit der Fassung des § 12 sind leider meine schlimmsten Befürchtungen in Erfüllung gegangen. Die Einführung der Invalidenunterstützungskasse ist das große Werk aller dem ADGB angeschlossenen Gewerkschaften. Wäre es nicht möglich gewesen,

durch unsere Parlamentarier ein Reichsgesetz zur Annahme zu bringen, das besagt, daß die von den Gewerkschaften zu zahlenden Zusatzrenten, die doch in der Regel mit Sparguthaben zu vergleichen sind, von der Mitberechnung einer von dritter Seite zu zahlenden Pension unberührt bleiben? Es ist uns allen bekannt, daß schon die einem Pensionär gezahlte staatliche Invalidenrente zum erheblichen Teile auf die Pension durch die Behörden in Anrechnung gebracht wird, obwohl wir vollen Beitrag leisten. Ob unsere Zusatzrente nicht demselben Schicksal verfällt, wissen wir noch nicht, denn ein Reichsgesetz, das uns vor der Beschneidung unserer wohlverordneten Rechte schützt, gibt es noch nicht.

Wenn die vorgenannten Mängel in dem aufgeführten Sinne ergänzt werden, außer dem § 12, der reichsgesetzlich geregelt werden müßte, so bin ich überzeugt, daß dies die Wucht des Ansturmes, den wir immer zu ertragen haben, auf ein Minimum herabdrücken wird.

Zum Schluß noch ein Wort an die jüngere Generation, die da glaubt, nie in den Genuß einer Pension oder Rente zu kommen. Wer schon lange Jahre in der Gewerkschaftsbewegung steht, der weiß, daß die Gewerkschaften den Standpunkt schon immer vertreten haben, daß ein Arbeiter, der im vorgeschrittenen Alter sich befindet, aus der Produktion ausscheiden soll; erstens, um den Arbeitsmarkt zu erleichtern und einen ruhigen Lebensabend zu haben. Halten wir nun dagegen, daß 1918 dieser Gedanke innerhalb der Arbeiterschaft große Kreise zog, auch zum Teil verwirklicht wurde, aber durch die politischen Machtverhältnisse nicht vollends zur Ausführung gelangen konnte, so müssen wir feststellen, daß die ersten sichtbaren Ansätze dafür vorhanden sind. Werden wir, die jüngere Generation, ein normales Alter erreichen, so werden wir sicherlich lange Jahre in dem Genuß der Invalidenunterstützungskasse stehen; denn fest steht, daß die soziale Gesetzgebung immer größere Fortschritte macht. Daß die Arbeiterbewegung eine rückläufige sein wird, steht nicht zu erwarten, dafür sprechen auch die geschichtlichen Ereignisse; also haben wir, die jüngere Generation, die fast hundertprozentige Gewähr, daß wir in den Genuß einer Pension kommen (einschließlich unserer Zusatzrente), wenn wir nur wollen, und darauf allein kommt es an.

Darum helfst alle mit an dem großen sozialen Werke, stellst euch nicht abseits, sondern werbt für unsere Einrichtungen, dann werden wir mit Stolz und Selbstvertrauen in die Zukunft blicken, denn Großes ist noch zu vollbringen, das der Lösung harret.

F. W., Frankfurt a. M.

Verkehrsbetriebe

Tagung der Straßenbahnervereine von Rheinland und Westfalen in Düsseldorf. Der Straßenbahnerverein Düsseldorf hatte für den 13. Februar eine Konferenz der in Rheinland und Westfalen bestehenden Straßenbahnervereine nach Düsseldorf einberufen. Der Besuch der Veranstaltung war in Anbetracht der großen Zahl Straßentahner äußerst mäßig. Zweck der Zusammenkunft sollte sein, geeignete Mittel und Wege zu finden, um die Straßenbahner recht schnell in das Angestelltenverhältnis zu überführen. Daß auf dieser Tagung auch der Kampf gegen die Gewerkschaften geführt wurde, versteht sich bei der gelben Einstellung der Mehrzahl der Straßenbahnervereine von selbst. Als offizielle Redner traten ein Straßentahner aus Dresden namens Winter (an seiner Echtheit als Straßentahner wurde stark gezweifelt) und ein anderer aus Frankfurt a. M. auf. Der „großen Versammlung“ ging eine Besprechung voraus. Der Vorsitzende des Düsseldorfer Straßenbahnervereins erklärte bei der Eröffnung, daß er die Vereine zusammenrufen habe, um die Frage der Ueberführung in das Angestelltenverhältnis zu erörtern. Der Verein befasse sich auch mit „wirtschaftlichen“ Dingen. Weil die Verbände für die Straßentahner keine Vorteile bringen (eine Behauptung, für die er den Beweis schuldig blieb), müßten die Straßentahner die Wahrung ihrer Interessen selbst in die Hand nehmen. Der offizielle Redner des Abends, Herr Winter aus Dresden, gab seiner Freude Ausdruck, daß die Straßentahner auch ohne die Gewerkschaften versuchen wollten, ihre Lage zu verbessern. Auf welchem Wege das geschehen könnte, darüber jagte er kein Wort. Die Erklärung, daß, wenn nach 25jähriger Tätigkeit die Straßentahner, auch als Angestellte, noch arbeitsfähig seien, aber im Fahrdienst keine Verwendung mehr finden könnten, sie eben Dienst als Weichenreiner tun müßten, rief lebhaften Widerspruch hervor. Auch der Frankfurter Referent sah in der gewerkschaftlichen Organisation der Straßentahner eine Schädigung, für sich selbst gab er aber auf Anfrage zu, im „Kombi“ zu sein. In der anschließenden „großen Versammlung“, die gleich an die Vorbesprechung stattfand, holte Winter zu seinem eigentlichen Vortrag über „das Angestelltenverhältnis der Straßentahner“ aus. Seine Ausführungen enttäuschten alle Anwesenden. Was er in der Vor-

besprechung gesagt hatte, wurde jetzt im großen und ganzen wiederholt. Einen Weg, wie es am besten und schnellsten möglich ist, das Angestelltenverhältnis für das Fahrpersonal herbeizuführen, zeigte er nicht. Er glaubte bemerken zu müssen, daß die Straßentahner sich die Männer, die sie in den Reichstag schicken, genau ansehen sollen, eine Meinung, die auch wir vertreten. In seinen Ausführungen schilderte er weiter die Verhältnisse in Süddeutschland, berührte dabei auch Prag und Wien. Auf den eigentlichen Kern der Anstellungsfrage ging er nicht ein. Daß in seinen Ausführungen die Gewerkschaften manchen Hieb bekamen, ist bei der Einstellung dieses Mannes nicht verwunderlich. In der Diskussion war es erfreulich, wie die organisierten Straßentahner von dem Redner abrückten und den Vereinsmeiern schwer zusetzten. Unverblümt sagten diese dem Referenten, daß ohne straffe Organisation die Anstellung der Straßentahner nicht erreicht werden könne. Auch die Arbeitgeber seien straff organisiert, und dies müßte für die Straßentahner wegweisend sein. Einige Unorganisierte bemerkten, daß die Düsseldorfer Straßentahner die Pausen verkürzt hätte. Hierdurch hätte die Verwaltung für jeden Wagen eine Ersparnis von 35 000 Mk. (?) jährlich gemacht. Die Arbeiter hätten von dieser Ersparnis nichts bekommen, auch sei keiner aus dem Verein angestellt worden. Ein zu wählender Auswahlgremium, die Wahl konnte durch die organisierten Kollegen verhindert werden, sollte die Interessen der Straßentahner wahrnehmen. Von der Haltung des Arbeitgeberverbandes wußte keiner der offiziellen Redner etwas zu sagen, auch kannte keiner den Beschluß des Bezirksausschusses in Breslau, der die Anstellung der Straßentahner ablehnte, trotzdem die Stadtverordneten beschlossen hatten, die Straßentahner anzustellen. Notwendig wäre gewesen, die Stellung des Bezirksausschusses und die Haltung des Reichsarbeitgeberverbandes bekanntzugeben, damit die Konferenz erkannt hätte, wo die wahren Hemmungen für die Anstellung des Fahrpersonals liegen. Das müssen sich aber auch die Straßentahner gefagt sein lassen, daß sie mit ihren Vereinen, in denen die Herren Direktoren und Beigeordneten „Chrenvorsitzende sind“, niemals die Anstellung erreichen können. Hier kann nur eine straffe freigewerkschaftliche Organisation helfen.

Reichs- und Staatsarbeiter

Aus Groeners Reich. Das Nebenzeugamt Königsberg scheint es auch unter der Leitung des Majors Ohnacker darauf abgesehen zu haben, in der Zeitgeschichte unangenehm vermerkt zu werden. Es gibt außer dem Nebenzeugamt Königsberg kaum eine Behörde im Reichswehrministerium — und das will schon etwas heißen —, die so andauernd immer das Gegenteil von dem tut, was sie eigentlich tun soll. Selbst die meisten Verfügungen und Verordnungen, die vom Reichswehrministerium herausgehen, sogar persönliche Verhandlungen, die vor Jahren von Vertretern des Ministers dort an Ort und Stelle geführt wurden, scheinen die Herren in ihrem Ruhmesdrange, unangenehm aufzufallen, nicht davon abzuhalten, immer weitere Dummheiten zu machen. Nun scheint der diesjährige Fasching ihnen ganz besonders auf die Nerven gefallen zu sein, und so hat man nun der Narrheit höchsten Gipfel erklommen, indem man neueinstellenden Arbeitnehmern folgende Erklärung zur Unterzeichnung vorlegte:

Erklärung.

Unterzeichneter erklärt:

1. Ich bin nicht Mitglied der Kommunistischen Partei gewesen und habe mich für diese Partei auch früher nicht betätigt.
 2. Ich bin mit Zuchthaus, Gefängnis und Selbststrafen nicht bestraft.
 3. Ich bin nicht mit irgendwelchen Leiden behaftet, die äußerlich nicht sichtbar sind, jedoch nach Aufnahme der Arbeit zu dauernden Krankmeldungen Anlaß geben können.
 4. Ich bin Brillenträger.
 5. Ich bin damit einverstanden, daß die Einstellung nur vorübergehend ist (vorzugsichtlich bis ...).
 6. Ich habe Schulden.
 7. Ich bin schwanger.
- Wohnung:
 Geburtsdatum: Verheiratet, ledig, verwitwet:
 Kinder unter 16 Jahren: Kinder über 16 Jahre:
 Frühere Beschäftigung bei Reichs- bzw. Staatsdienststellen:
 Königsberg i. Pr., den 192 ...

(Eigenhändige Unterschrift)
 Vor- und Zuname.

Am interessantesten ist die Frage 7. Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß die Herren im Nebenzeugamt Königsberg, die solche Erklärungen ablassen, mit seltenen Geistesgaben geschwängert sein müssen. Man hat sich zwar jetzt auf Veranlassung des Betriebsrats wohl dazu bequemen müssen, die Erklärung zurückzuziehen. Wir zweifeln aber nicht daran, daß bestimmt wieder in einigen Wochen eine neue Dummheit gemacht wird, sofern nicht der Reichswehrminister von sich aus mal ernstlich gewillt ist, solchen Blödsinnigkeiten ein Ende zu bereiten, und daran haben wir leider auch schon lange den Glauben verloren.

Wichtige Entscheidungen für unsere Reichsarbeiter. Am 16. Januar d. J. hat im Reichsfinanzministerium eine Aussprache des sog. Siebener-Ausschusses stattgefunden. Zur Besprechung standen nachfolgende von uns an das Reichsfinanzministerium gerichtete zur Klärung zu bringende Angelegenheiten:

1. Wie haben sich die Betriebsräte zu verhalten, wenn in den Reichswehrbetrieben die Arbeitszeit der Beamten auf 48 Stunden herabgesetzt würde und mit dieser Begründung gleichzeitig auch die Arbeitszeit der Arbeiter herabgesetzt worden ist?

Entschieden wurde, daß keine Dienststelle von sich aus befugt sei, die Dienstzeit der Beamten in den Heeresbetrieben herabzusetzen. Dies kann nur auf Grund eines Kabinettsbeschlusses geschehen. Auf unsere Frage, wenn aber die Betriebsleitung trotzdem die Herabsetzung der Arbeitszeit der Arbeiter verfüge, was dann in einem solchen Falle zu geschehen habe, erklärte der Vertreter des Finanzministers, daß in diesem Falle der betreffende Beamte persönlich für den dadurch entstehenden Lohnausfall verantwortlich zu machen sei.

2. Es war die Frage zu klären, ob Soldaten, die bei der Reichswehr infolge Ablauf ihrer Dienstzeit auscheiden und bei der Reichswehr oder in einem anderen Reichsbetrieb als Arbeiter wieder in Dienst treten, die bei der Reichswehr abgeleistete Dienstzeit anzurechnen ist.

Entschieden wurde, daß in diesem Falle die Ausführungsbestimmung 3 d zu § 5 des TAR. (Entlassung wegen Mangel an Arbeit) Anwendung finden soll.

3. War zu klären: Wie ist ein bisher als Handwerker beschäftigter und gemäß Ausführungsbestimmungen 4 zum Lohngruppenverzeichnis der Handwerker entlassener Arbeiter, der ein Lehrzeugnis nicht beibringen kann und nach Kündigung vorübergehend als angelernter Arbeiter weiter beschäftigt und entlohnt worden ist, im Falle seiner Wiederbeschäftigung als Handwerker bei der gleichen Dienststelle zu entlohnen?

Entscheidung Im Falle seiner Wiederbeschäftigung als Handwerker bei der gleichen Dienststelle ist dem Arbeiter der Handwerkerlohn zu zahlen.

4. Wurde auch noch die Regelung des Erholungsurlaubs für Lehrlinge besprochen, weil in einigen Dienststellen den Lehrlingen der Urlaub verweigert wurde. Um auch darüber in Zukunft rechtlose Klarheit zu bekommen, ist folgendes vereinbart worden:

Für die bei den Reichsverwaltungen vorhandenen Lehrlinge (es kommt nur das Reichswehrministerium in Frage) gilt die bei der Reichsbahn bzw Reichspost hinsichtlich der Lehrlinge getroffene Regelung. Danach beträgt der Erholungsurlaub:

für die Lehrlinge im 1. Lehrjahre	12 Arbeitstage,
für die Lehrlinge im 2. Lebensjahre	8 Arbeitstage,
in den übrigen Lehrjahren je	6 Arbeitstage.

Freigelassen ist leider noch die Auslegung des § 9 Wegegeldentschädigung für die Arbeiter der Truppenübungsplätze. Es ist aber zugesagt worden, daß die Frage im Frühjahr im Zusammenhang mit einer Beschäftigung einiger Truppenübungsplätze endgültig geregelt werden soll. Offen geblieben ist ferner die Auslegung des § 7 des TAR. (Sonn- und Feiertagsarbeit). Auch darüber soll demnächst eine weitere Verhandlung stattfinden. Ueber das sonstige Ergebnis dieser Verhandlungen mit Ausnahme der Arbeitszeit ist hier nichts zu vermerken. In der Arbeitszeitfrage haben sich die Verhältnisse aber nicht gebessert; es besteht vielmehr die Gefahr, daß durch die fortgesetzte Herabsetzung der Arbeitszeit die Ausführungsbestimmungen 6 und 7 zu § 5 des TAR. vollständig inhaltslos werden. Es bleibt uns daher nichts anderes übrig, als bei den bevorstehenden Lohnverhandlungen auf diese Frage erneut zurückzugreifen, und es soll jetzt schon ganz offen zum Ausdruck gebracht werden, daß die Art, wie man jetzt die Arbeitszeitfrage in den Reichsbetrieben zu erledigen sucht, für uns einfach untragbar ist. Man sollte endlich den ehrlichen Willen aufbringen, die Arbeitszeit wie in Preußen und anderen Freistaaten auf 48 Stunden festzusetzen und einen Lohnausgleich zu schaffen, wie man das an anderen Stellen auch wiederholt getan hat. Was die Privatindustrie kann und was das Reich bei der Marinewerft in Wilhelmshaven tun konnte, das muß bei einigermaßen gutem Willen auch in den sonstigen Reichsbetrieben noch möglich sein. Es ist nicht notwendig, daß die Geheimratsbureaukratie unter allen Umständen immer über die Derunft gesteht haben muß, denn dazu ist die Sache für die Reichsarbeiter viel zu ernst.

Was wird aus dem LDDW? Mit Wirkung vom 31. März 1928 ist der LDDW. (Lohntarifvertrag für die Arbeiter der Reichswasserstraßenverwaltung) von den vertragsschließenden Organisationen gekündigt worden. Boshafte Zungen haben damals schon behauptet, daß man von Glück sagen dürfe, wenn im Herbst des laufenden Jahres die Verhandlungen endgültig abgeschlossen sind. Aber es ist leider viel schlimmer gekommen, und wenn irgendwo im Leben Pessimismus angebracht ist, dann bestimmt in diesem Fall; denn der Sommer 1928 verging, ohne daß auch nur irgend etwas zum Neuaufschluß des LDDW. unternommen worden wäre. Schließlich hat man dann doch vereinbart, mit den Verhandlungen im November 1928 zu beginnen. Unterdessen sind bereits wieder Monate ins Land gegangen — am 31. März dieses Jahres ist ein Jahr um, seitdem gekündigt worden ist —, aber noch vermag niemand abzusehen, wann der neue Tarifvertrag nun endlich abgeschlossen sein wird. Duzende Verhandlungstage sind wieder nutzlos veran. Die Organisationen tragen sich mit dem Gedanken, mit den strittigen Punkten — die aber vielfach ganz untergeordneter Natur sind und bei einigem gutem Willen

von seiten der Regierung sofort erledigt werden könnten — vor den Schlichter zu gehen. Einen anderen Weg sehen wir leider nach Lage der Sache auch nicht, denn die Verhandlungsführung, wie sie seit Jahren im Reichsverkehrsministerium beliebt wird — ist uns einfach unverständlich. Es scheint oft, als ob bloß verhandelt wird, um wenigstens die Zeit auszufüllen. Aber es wäre ungerecht, die Schuld lediglich dem Referenten zuzuschreiben. Verantwortlich für diese geradezu ungläublichen Zustände ist letzten Endes auch der zuständige Minister, den wir leider zurzeit nur in einer fog. Ersatzstellung haben. Aber man hat auch nicht das Gefühl gehabt, daß Herr Guérard sich allzu sehr um die Dinge gekümmert hätte, und wenn er es wirklich getan hat, so hat er anscheinend nur auf die schlechten Ratschläge seiner Untergebenen gehört und danach entschieden. Einen hoffnungslosen Fall hat kürzlich ein Kollege von uns bei den Verhandlungen diesen Vorgang genannt. Uns scheint, der Kollege hat mehr als recht mit dieser Bezeichnung. Man wird, wenn die Dinge sich nicht bald ändern, ernstlich die Frage aufwerfen müssen, ob man nicht auch hier die Verhandlungsführung lieber in den Bereich des Reichsfinanzministeriums legt, obwohl wir bis jetzt die lebhaftesten Bedenken dagegen gehabt haben. Vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, daß sich einmal die maßgebenden Instanzen mehr um dieses Satyrspiel mit vielen Aufzügen und keinem Ende bekümmern. Höchste Zeit wäre es jedenfalls dazu.

Errichtung einer einheitlichen Betriebskrankenkasse. Der Reichsverkehrsminister hat unter dem 30. Januar d. J. an seine nachgeordneten Dienststellen ein Schreiben erlassen, das sich erneut mit der Zusammenlegung der Betriebskrankenkassen im Bereich der Reichswasserstraßenverwaltung beschäftigt. Es wird in diesem Rundschreiben besonders Klage darüber geführt, daß durch das Verhalten verschiedener Ausschußmitglieder sich eine Zusammenlegung der Betriebskrankenkassen nicht hat ermöglichen lassen. Schuld an dem Scheitern dieser Zusammenlegung soll vor allen Dingen der Umstand gewesen sein, daß vielfach Ausschußmitglieder nicht rechtzeitig unterrichtet worden sind, und nicht zuletzt Meinungsverschiedenheiten über die Art der Abstimmung usw. Nach unserer Meinung mit Recht wird daher vom Reichsverkehrsministerium in diesem Schreiben darauf aufmerksam gemacht, daß die Ausschußmitglieder nicht immer das Gesamtinteresse der Versicherten genügend vertreten hätten. Es wird dann ferner darauf hingewiesen, daß bei kommenden Verhandlungen in den Ausschüssen der Betriebskrankenkassen besonders beachtet werden müsse, daß große Kassen leistungsfähiger wären, und daß bei weiterem ablehnenden Verhalten der Ausschüsse sich der Dezernent für die Aufsicht über die Betriebskrankenkassen persönlich für eine Verschmelzung einzusetzen habe. Wir können die in dem Rundschreiben des Reichsverkehrsministers vertretene Auffassung nur billigen und unterstützen. Unser Standpunkt muß sein, sich überall, wenn irgend möglich, den bestehenden Ortskrankenkassen anzuschließen. Wo das aber noch absolut scheitern sollte, muß zum mindesten angestrebt werden, für den gesamten Bereich der Reichswasserstraßenverwaltung eine einheitliche Betriebskrankenkasse zustande zu bringen. Kirchturmspolitik in dieser Beziehung zu treiben ist da, wo es um das Wohl und Wehe unserer Kollegen geht, am allerwenigsten angebracht. Wir erwarten deswegen von unseren Kollegen, soweit sie in den Betriebskrankenkassen der Reichswasserstraßenverwaltung in einer leitenden Stellung sind, daß sie sich rechtlos für die in der Gewerkschaft allgemein geltenden Grundzüge einsetzen.

Erwerbslosenunterstützung. Verschiedene Landesarbeitsämter haben die Wasserbauarbeiter zu Saisonarbeitern erklärt. Damit sind diese in der Erwerbslosenunterstützung gegenüber den anderen Arbeitern außerordentlich benachteiligt worden. Um so erfreulicher ist dem gegenüber die Entscheidung des Präsidenten des Landesarbeitsamts Ostpreußen, die wir hier im Wortlaut folgen lassen und die unseres Erachtens nach für die Wasserbauarbeiter als einzig maßgebend in Betracht kommen muß:

Der Präsident des Landesarbeitsamts Ostpreußen. — Nr. V 898/29.
Königsberg i. Pr., den 16. Februar 1929.
Deutschordearing 9.

Zu den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter,
Wirtschaftsbezirk Ostpreußen. Hier.

Zu Ihrem Schreiben vom 11. Januar und 2. Februar 1929.

Nach eingehender Prüfung der Sachlage habe ich das Arbeitsamt Königsberg angewiesen, den arbeitslosen Arbeitern der Wasserbaudirektion in Königsberg, die jahre- und jahrzeitlang beim Hafenaubau in Pillan beschäftigt waren und jetzt aus besonderen Gründen entlassen werden mußten, Arbeitslosenunterstützung zu gewähren. — Eine Einbeziehung in die Sonderregelung für den Fall der berufswidrigen Arbeitslosigkeit kommt nicht in Frage.

Fürth. In einer gutbesuchten Versammlung der Reichsarbeiter von Fürth, in der Koll. Beck über Wirtschaft und Arbeitererschaft einen Vortrag hielt, wurde vom Gauleiter Schmidt über die Lohnverhandlungen berichtet. In der lebhaften Diskussion wurde das Verhalten der Regierung scharf

kritisiert und beschlossen, an die Reichstagsabgeordneten für Nürnberg-Fürth und an die Reichsregierung folgende Entschliebung zu senden:

Die am 19. Februar stattgefundene Reichsarbeiterversammlung Nürnberg-Fürth protestiert aufs schärfste gegen die Lohnpolitik der Reichsregierung. Nachdem die letzte am 1. April 1928 eingetretene Lohnerhöhung nicht die damals notwendige Erhöhung gebracht und fast hinter den Lohnerhöhungen der Privatindustrie zurückgeblieben ist, fordern sie auf das entschiedenste, daß auch den Reichsarbeitern von der Regierung das notwendige Existenzminimum zugestimmt wird.

Sandstraßenwärter

Neunkrug. In der Generalversammlung am 7. Februar konnte Kollege Mehn auf die gute Entwicklung der Filiale hinweisen. Besonders erfreulich ist der Zustand, daß die Landstraßenwärter des hiesigen Kreises bis auf zwei Arbeitnehmer restlos in unserer Organisation sind. Nachdem Kollege Schmidt-Halberstadt einen Ueberblick über die Tätigkeit der Gesamtorganisation gegeben hatte, ging Kollege Koch noch näher auf die Einführung unserer Invalidenunterstützungskasse ein, die allseitig gutgeheißen wurde. Zum Schluß wurden die Kollegen Mehn, Koch und Ebeling wieder in den Vorstand gewählt.

Wetzlar-Land. In der Versammlung am 14. Februar wurde in der Hauptsache zu den bevorstehenden Betriebsratswahlen Stellung genommen. Dann sprach der Kollege Brand zu der von der Organisation beschlossenen Einführung einer Invalidenunterstützungskasse, die allseitig begrüßt wurde. Der bestehende Lohnsatz wurde darauf einer Kritik unterzogen. Von allen Rednern wurde betont, daß die letzte Lohnerhöhung, namentlich für die Ortsklasse 3, keine Verbesserung, sondern eher eine Verschlechterung gebracht hat. Die Gauseitung wurde beauftragt, bei den nächsten Lohnverhandlungen dafür Sorge zu tragen, daß der Nachteil ausgeglichen wird. In diesem Zusammenhang kam ein Artikel aus der „Wetzlarer Allgemeinen Zeitung“ zur Sprache, in dem ein Autofahrer sich mit den schlechten Straßenverhältnissen befaßt. Zunächst beschwert sich der Artikelschreiber darüber, daß das Landesbauamt die vereisten Straßen nicht bestreuen lasse, um sie fahrbar zu erhalten, und er macht dann den „Vorschlag“, falls kein Sand zur Bestreuung zu haben sei, die sonst üblich verwendete „Abraumerde“ zu nehmen. Woher diese „Abraumerde“ genommen werden soll, hat der Schreiber des Artikels nicht verraten, und die Wärter sind der Meinung, daß es dem „einen, der viel die Landstraßen befährt“, bei 50 Zentimeter tief eingefrorener Erde nicht gelingen wird, Abraumerde zum Bestreuen der Straßen zu beschaffen. Ganz abgesehen davon, ob die Landesbauämter gesetzlich verpflichtet sind oder nicht, die Straßen zu bestreuen, so müßte auch diese Verpflichtung an der völligen Undurchführbarkeit scheitern. Doch dieser Streit interessiert uns weniger. Worauf es in der Versammlung ankam, ist, daß der Schreiber der Zeilen den Wärtern die Schuld für etwaige Unglücksfälle in die Schuhe schiebt. Er schreibt wörtlich: „Im Sommer sind genügend Leute da, aber jetzt im Winter sieht man keinen Wärter auf der Straße.“ Wir weisen von dieser Stelle aus die leistungsfähige Behauptung entschieden zurück, und die Wärter verbitten es sich, daß sie von Leuten mit so wenig Sach- und Fachkenntnis auch noch als Drückeberger beschimpft werden. Der Artikelschreiber scheint von den Verkehrszählungen, die auch bei der strengsten Kälte und auch in der Nacht durchgeführt werden, nichts zu wissen, und wenn er zufällig mal keinen Wärter auf der von ihm befahrenen Strecke antrifft, dann gibt es nach seiner Meinung keine andere Erklärung dafür, als daß die Wärter sich im Winter hinter den Ofen verkriechen. Auch über diese Einwürfe könnte man sich noch hinwegsetzen, wenn man in Rechnung stellt, daß sie von einem Laien ausgehen. Weit anders liegen aber die Dinge, wenn solche Laien Mitglieder eines Kreisverbandes sind. Da die „Wetzlarer Allgemeine Zeitung“ amtliches Organ ist, fragt man sich verwundert, wie derartige laienhafte Äußerungen in der Zeitung Aufnahme finden können.

Aus unserer Bewegung

Limbach. In der gut besuchten Generalversammlung am 27. Januar erkannten die Kollegen dankbar die Tätigkeit des Vorsitzenden Peitz an, der nun seit 10 Jahren die Filiale leitet. Aus dem Geschäfts- und Kassenbericht war eine erfreuliche Entwicklung der Filiale zu ersehen. Ueber die Einführung einer Invalidenunterstützung innerhalb unserer Organisation entspann sich eine längere Debatte. Die Neuwahl der Filialleitung ergab außer der Befehung durch die Beisitzer keine Änderung.

Soltau. In unserer Generalversammlung am 14. Januar gab der Kollege Pechtl den Jahresbericht. Erfreulich ist hier zu bemerken, daß die Zahlstelle zehn neue Mitglieder gewonnen hat. Sechs Kollegen konnten in unserer Zahlstelle festgestellt werden, die außer dem Bereiche der Gemeinde Düsselhübel sich uns angeschlossen haben. Ein erfreuliches Zeichen, daß man überall den

Wert der Organisation erkennt. Der Appell des Vorsitzenden, den letzten Mann in unsere Reihen zu bringen, um aktiv an der Bessergestaltung unserer Lebensverhältnisse mitzuwirken, fand lebhaften Beifall. Bei der Wahl der Filialleitung wurden die alten Kollegen in ihren Ämtern bestätigt.

Internationale Rundschau

Geschäftsleitungsitzung unserer Internationale am 12. und 13. Februar in Hamburg. Im Juni soll unser Internationaler Kongreß in Stockholm abgehalten werden. Die Geschäftsleitungsitzung hatte in erster Linie die Aufgabe, die dafür nötigen Vorarbeiten zu treffen. Das Wichtigste war dabei die Vorberatung eines neuen Statuts. Der Vertreter Englands, Koll. Cevenan, hatte für die Beratung eine Vorlage entworfen. Unser Verband hielt es für notwendig, dazu eine Reihe Abänderungen und Ergänzungen zu machen. Bei den Hamburger Beratungen erlebten wir die Genugtuung, daß sie von der Geschäftsleitung durchweg einstimmig angenommen wurden. Ueber die Art der Zusammensetzung des Vorstandes wurde aber noch nicht entschieden. Selbstverständlich hat die letzte Entscheidung über das Statut der Internationale Kongreß zu treffen. Der leitende Sekretär der Internationale, van Hinte, mußte leider vor einiger Zeit sein Amt niederlegen, da sein Gesundheitszustand die Weiterführung nicht zuließ; er hatte einen Schlaganfall erlitten. So führt bis zur definitiven Regelung durch den Kongreß die Sekretariatsgeschäfte Kollege Cevenan, England. — Die Sitzung der Geschäftsleitung war von unserer Filiale Hamburg aufs beste vorbereitet worden. Sie veranstaltete auch eine Befestigung Hamburger Betriebe für die Delegierten, insbesondere der Anlagen der Hamburger Kaiserverwaltung, und es erfüllte uns mit Genugtuung, den auswärtigen Kollegen die riesenhafte Anlagen des größten deutschen Hafens zu zeigen. Dabei fanden wir die Unterstützung der Stadtverwaltung, die Führung hatten die Kollegen vom Betriebsrat der Kaiserverwaltung selbst übernommen. Während der Tagung fand auch ein Empfang der Delegierten im Rathaus durch die Spitzen der städtischen Verwaltung statt. Der erste Bürgermeister Dr. Petersen und der zweite Bürgermeister Genosse Koff begrüßten die Vertreter der Internationale und sprachen ihnen ihre besten Wünsche für das Gelingen der Tagung und weiterhin für die Arbeit unserer gesamten Berufsinternationale aus.

Rundschau

Die Zähne und ihre Pflege. Vor noch nicht allzu langer Zeit fand die Zahnpflege bei dem Volke noch geringe Beachtung. Die meisten Leute kümmerten sich erst dann um ihre Zähne, wenn es schon zu spät und das Entfernen des Zahnes unumgänglich war. Leider hörte man damals nur zu oft sagen, daß es auf einen Zahn mehr oder weniger gar nicht ankomme. Es war dem Volke noch nicht genügend bekannt, daß gerade die Zähne eine sehr wichtige Aufgabe zu erfüllen haben. Erfreulicherweise ist es in letzter Zeit besser geworden. Es bedarf aber trotzdem noch immer einer ständigen Aufklärung. Der Zahn, als ein harter Bestandteil des menschlichen Körpers, besteht aus Zahnschmelz, Zahnkrone, Zahnwurzel, der Wurzelhaut und dem Zahnbein (Dentin). Von dem Zahnbein umschlossen ist das Zahnpulpa (Pulpa) als eine weiche, blasse Masse, die durch ihre Blutgefäße und Nerven dem Zahn die Nahrung gibt. Bei gut entwickelten Kindern beginnt die erste Zahnung Ende des 6. Lebensmonats und erreicht ihr Ende zu Beginn des 3. Jahres. Zuerst brechen die unteren, dann die oberen Schneidezähne durch, die weiteren Zähne folgen dann in gewissen Zeitabschnitten bis zur Vollendung des ersten Gebisses (Milchgebiss) Anfang des dritten Jahres. Das Milchgebiss besteht aus 8 Schneidezähnen, 4 Eck- und 8 Backenzähnen. Diese wurzellosen Zähne werden zwischen dem 7. und 13. Lebensjahr durch die bleibenden, wurzelführenden Dauerzähne verdrängt. Bleibt ein Kind mit der ersten Zahnung drei oder mehrere Monate zurück, und sind noch keine Schneidezähne durchgebrochen, so ist leicht möglich, daß engliche Krankheit oder Rachitis vorliegt. Die zweite Zahnung erfolgt, wie schon erwähnt, zwischen dem 7. und 13. Jahr, und der letzte Zahn (Weisheitszahn) kommt in der Regel erst im 18. bis 30. Jahr, oft auch noch später. Das Dauergebiss besteht aus 32 Zähnen: 8 Schneidezähnen, 4 Eckzähnen, 8 kleinen und 12 großen Backenzähnen. Die Schneide- und Eckzähne haben die Aufgabe die Nahrung abzubeißen, während die Backenzähne das Zermahlen zu erlebigen haben. Der Durchtritt des Weisheitszahnes verursacht oft heftige Schmerzen, Anschwellung und Entzündung des Zahnfleisches. Als Krankheit der Zähne kommt die Zahnfäule oder Karies in Betracht. Sie wird durch Bakterien, welche den Zahnschmelz zerstören, und dann bis zum Zahnbein und der Zahnhöhle weiterdringen, hervorgerufen. Man suche deshalb rechtzeitig den Arzt auf und mancher Zahn kann dadurch noch gerettet werden. Um die Karies zu verhüten, entferne man nach einer jeden Mahlzeit durch fleißiges Spülen mit antiseptischem Mundwasser die Speisereste, ebenso notwendig ist eine gründliche Reinigung der Zähne mit einer weichen Bürste, unter Benutzung von Zahnpaste. Letztere darf aber nicht säurehaltig sein, da sie sonst die

Schleimhäute angreift. Darum, ihr Eltern, befehrt eure Kinder rechtzeitig in der Behandlung und Pflege der Zähne, dann wird euch später der Dank der Kinder gewiß sein. S. P.

Den Unternehmern ins Stammbuch. Das Organ der Industrie- und Handelskammern zu Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen und Krefeld „Ruhr und Rhein“ hat seinen Jahrgang 1929 mit einem Artikel eingeleitet, den sich die Unternehmer wohl nicht hinter den Spiegel stecken werden. Das Blatt geht den Gründen nach, die zur Vermehrung und Verbilligung der Produktion führen, und fährt dann wie folgt fort:

„Mit stolzer Genugtuung weisen die Gewerkschaften in ihren Berichten darauf hin, daß sie in den letzten Jahren durch ihre kühnste Aktivität Lohnerhöhungen von mehr als 5 Milliarden Mark durchgesetzt haben. Kein Zweifel, daß ein Teil dieser Lohnerhöhungen durchaus berechtigt war, denn die Löhne waren nach der Stabilisierung der Währung zu weit zurückgeblieben. Es herrscht aber ebenfalls kein Zweifel darüber, daß ein nicht geringer Teil dieser 5 Milliarden das wirtschaftlich gerechtfertigte Maß überschritten und ganz wesentlich zur heutigen Notlage der deutschen Wirtschaft beigetragen hat. Die Wirtschaft hat sich alle diese überhöhten Lohnforderungen bisher unter mehr oder minder starken Protesten gefallen lassen und unter dem Zwang des Lohndruckes erst hinterher nach Auswegen der Preiserhöhung oder Rationalisierung gesucht. Kein einziger Fall ist bekannt, daß die Wirtschaft der Aktivität der Gewerkschaften eine eigene zielbewusste wirtschaftliche Aktivität entgegenstellt, daß sie eine Lohnforderung sofort mit einer Senkung ihrer Preise beantwortet habe. Was ist denn das Hauptargument der Gewerkschaften: das steigende Preisniveau! Das Argument wird nicht durch Ministerreden über die Notwendigkeit der Preisentwertung, sondern nur durch die Kraft des eigenen Entschlusses der Wirtschaft beseitigt werden. Wenn Lohnerhöhungen im Einzelfall zu tatsächlichen Verlusten führen, dann ist es besser, die Verluste freiwillig durch Senkung der Preise zu tragen, wodurch die Absatzmöglichkeiten erweitert werden, als unfreiwillig mit nachfolgender Preiserhöhung, d. h. Absatzverminderung. Die Gefahr, daß trotzdem der Reichsarbeitsminister die Löhne erhöhen werde, ist um so geringer, je konsequenter und großzügiger der Weg der Preisentwertung beschritten wird.“

Das ist immerhin eine deutliche Sprache. Es wird hier das gesagt, was die Gewerkschaften seit Jahr und Tag gefordert haben. Nicht Preiserhöhung, sondern Preissenkung ist der Weg, der aus dem wirtschaftlichen Krisenzustande herausführt. Bisher geschah aber das Gegenteil. Die Unternehmer erhöhten die Preise, und wenn die Gewerkschaften mit Lohn- und Gehaltsforderungen kamen, um einen Ausgleich zwischen den gestiegenen Lebenshaltungskosten und dem Einkommen herbeizuführen, schrie man Zeter und Mordio. Die Wirtschaft wehrt sich mit Händen und Füßen gegen die Preissenkung, sie erdroffelt damit den Absatz und verstopft Arbeitsmöglichkeiten. Von Preissenkungen, wie sie die Regierung Dr. Luther einmal verkündet hat, halten auch wir nichts! — Aber das Blatt sagt noch mehr, das man vom gewerkschaftlichen Standpunkt unterschreiben kann. Es fährt fort:

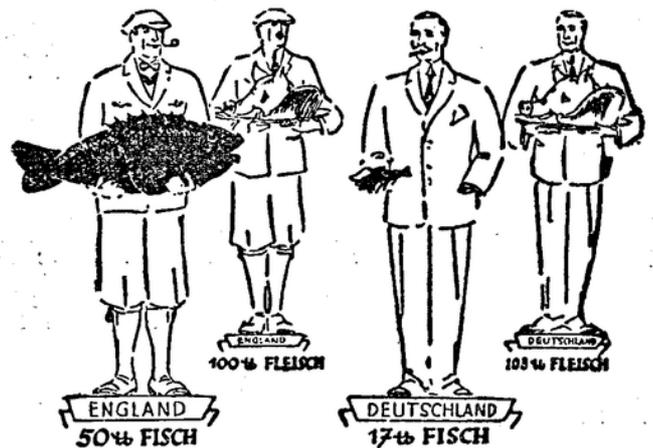
„Eine aktive Lohn- und Preispolitik dieser Art setzt allerdings eins in viel höherem Maße voraus, als dies in den letzten Jahren im allgemeinen in der Privatwirtschaft der Fall war: die Bereitschaft, den Willen und die Entschlußkraft, auch ohne die Möglichkeit sofortigen Preisausgleiches erhöhtes Risiko tragen und zeitweise Verluste und Opfer zu übernehmen, selbst auf die Gefahr hin, daß einzelne Unternehmen dabei zugrunde gehen. Die Wirtschaft ist von dem allgemeinen Streben, Gefahren und Verluste zu vermeiden, das — in den Kriegs- und Inflationszeiten vorwiegend — seinen sichtbarsten Ausdruck in der Ueberspannung des Versicherungsverstandens findet, nicht völlig unberührt geblieben. — Bei aller Wertschätzung der wirtschaftlich gesunden und brauchbaren Seiten der Kartelle, Syndikate, Verbände, Preisvereinbarungen, Konventionen usw., steckt in diesen Bindungen doch zugleich der Gedanke der Versicherung auf Gegenseitigkeit, der in Zeiten außergewöhnlicher Notstände zum Durchhalten lebenswichtiger Glieder begrüßt, als Dauererscheinung aber zu einer Verweichlichung und Verminderung der persönlichen Initiative führen muß, die sich mit einer kraftvollen Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft nicht vereinbaren läßt. — Es wird aus den verschiedensten Gründen Zeit, daß die Privatwirtschaft versucht, diese Krücken nach und nach abzuwerfen und sich das Einzelunternehmen wieder auf eigene Füße stellt. Die Reinigungsstrife der Jahre 1924 und 1925 hat noch nicht allen Schlamm beseitigt. Eine weitere Auslese wird folgen. Sie wird von den gesunden und lebenswerten Kräften um so besser überwunden werden, je eher sie kommt und je schärfer sie betruht herbeigeführt wird.“

Da liegt der Fehler. Das Risiko der Preissenkung wollen die Unternehmer nicht übernehmen, sie fürchten um den Profit. Auch würden dann wohl einige Direktorenposten sich als überflüssig erweisen und auch an den Ausgaben für Aufsichtsräte müßte gespart werden. Die Preisdiktate der Kartelle und Syndikate lassen oft jede wirtschaftliche Einsicht — auch vom Unternehmerstandpunkt — vermissen. Aber ob es was nützen wird, wenn ein Blatt, das den Unternehmern nahe steht, diese Feststellungen macht? E. U.

Die Krisis auf dem Arbeitsmarkte und ihre Verminderung. Nach der Arbeitsstatistik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes waren Ende Dezember 1928 16,7 Proz. vollarbeitslos, weitere 7 Proz. waren mit Kurzarbeit beschäftigt. Erschreckend hohe Zahlen marschieren vor unsern Augen auf. Am 15. Januar betrug die Zahl der Unterstühten in der Arbeitslosenversicherung 2 029 000 gegen 1 702 000 am 31. Dezember 1928. Eine Steigerung

von rund 327 000 Personen, die Zahl der männlichen Hauptunterstühten stieg um 298 000, die der weiblichen um 29 000 Personen. In der Krisenunterstützung befanden sich an dem angegebenen Zeitpunkte 138 000 Hauptunterstützungsempfänger, das sind 11 000 mehr als am 31. Dezember 1928. Rund 2 1/2 Millionen Erwerbslose. Mit dieser Zahl hat die Arbeitslosigkeit den hohen Stand des Winters 1926/27 erreicht. Alle Anzeichen auf dem Arbeitsmarkt deuten darauf hin, daß mit einem Abflauen der Krise noch nicht zu rechnen ist. So drängt sich von selbst die Frage auf, ist es möglich, das große Heer der Arbeitslosen durch konjunkturpolitische Maßnahmen zu verringern oder ein weiteres Anwachsen aufzuhalten. Schon seit Jahren wird von den Gewerkschaften und von der Sozialdemokratischen Partei eine aktive Konjunkturpolitik gefordert. Es war auch möglich, im Krisenjahr 1925/26 den bürgerlichen Parteien ein Arbeitsbeschaffungsprogramm abzurufen. Die damalige Bürgerblockregierung verstand es aber, die geforderten Maßnahmen zu verschleppen; die Hilfsaktion verpuffte ergebnislos, trotzdem Mittel dafür vorhanden waren. Das Reich befindet sich heute in einer schwierigen Finanzlage, die Reserven sind aufgebraucht und öffentliche Mittel für eine geplante Arbeitsbeschaffung sind so gut wie gar nicht vorhanden. Im Reichswirtschaftsrat wurden vor einem Jahre Richtlinien aufgestellt, die sich mit der zweckmäßigen Verteilung von Behördenaufträgen an die Wirtschaft befassen. Würde man in der jetzigen Krise auf diese Richtlinien zurückgreifen, so könnte eine Verringerung der Krisenschwankungen zweifellos erreicht werden. Die erwähnten Richtlinien besagen, daß Aufträge der Privatwirtschaft und der öffentlichen Hand in einer sich gegenseitig ausgleichenden Wechselbeziehung stehen sollen, d. h. Aufträge der öffentlichen Hand sollen erst dann ausgeführt werden, wenn die Konjunkturkurve sich in absteigender Linie bewegt. Nach den Angaben des Reichsstatistischen Amtes betragen die Sachaufträge der öffentlichen Hand im Jahre 1927 5,7 Milliarden Mark. Nicht mit eingerechnet sind in diese Summe Bauausführungen und die Aufträge der Kommunen, die auf 2 Milliarden Mark veranschlagt werden. Will man nun, um der Krise zu steuern, Arbeitsmöglichkeiten schaffen, so könnte man Aufträge, die für später geplant waren, schon jetzt ausführen lassen. Für diese Arbeiten kämen dann hauptsächlich die Aufträge der Bahn und Post in Frage wegen ihrer größeren Beweglichkeit. Mit den heute uns zur Verfügung stehenden Mitteln lassen sich natürlich die Konjunkturschwankungen, die auch in gewissem Sinne weltwirtschaftspolitisch bedingt sind, nicht ganz beseitigen. Doch haben wir die Möglichkeit, durch bessere Organisation die Schwankungen auf dem Arbeitsmarkte zu mildern. Wesentlich könnte dazu beitragen eine bessere Verständigung zwischen privater und öffentlicher Wirtschaft und eine systematische vorbeugende Konjunkturpolitik. Otto Pilgermann.

Der Deutsche ist zu wenig Seefisch!



Die jüngsten statistisch errechneten Zahlen auf den Kopf der Bevölkerung für Fisch und Fleisch in Deutschland und England.

Verbandsteil

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes

Mit der 12. Vertragswoche, das ist die Woche vom 17. bis 23. März d. J., verlieren die seitherigen 10-Pf.-Beitragsmarken für pensionierte Mitglieder ihre Gültigkeit. An ihre Stelle treten neue Marken desselben Wertes in violetter Farbe. Die alten grünen 10-Pf.-Marken können vom 17. März d. J. ab nicht mehr als Wertmarken verwendet werden. Sie sind an die Hauptkasse einzusenden. Der Verband der neuen violetten Beitragsmarken zu 10 Pf. für Pensionäre hat bereits begonnen. Der Hauptvorstand.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter F. Mü n t n e r, Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, beide Berlin SO. 36, Schleißische Str. 42.